

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

und der

Central-Krankenkasse der Maurer, Sisyer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbücherei 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnbaltigen Beitzteile oder deren Raum 30 4

Inhalt: Zur Charakteristik der Arbeiter-Zwangsversicherung. — Die Gewerkschaftspressen über die Reichstagswahlen. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßnahmen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Familiennachrichten der Bauvorstände. Jahresberichte der Bauvorstände: Dresden, München, Berichte. Beiträge zum Lehrlingswesen. — Zentralfrankenliste. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterverletzungen, Subventionen usw. — Das moderne Bauwesen und seine Folgen. — Aus anderen Verufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zur Charakteristik der Arbeiter-Zwangsversicherung.

Die Arbeiterversicherung im Deutschen Reich ist obligatorisch, auf gesetzlichem Zwang beruhend. Stets hat sich die Sozialdemokratie grundsätzlich zu solchem Zwang bekannt, während Vertreter des extremen menschlichen Liberalismus ihn unter den verschiedensten Einwendungen abweisen und bekämpfen. Noch heute tritt diese Opposition dann und wann hervor, obwohl sie völlig aussichtslos ist. Einen sehr beachtenswerten Beitrag zu der Frage, ob der freiwilligen Versicherung oder der Zwangsversicherung der Vorzug zu geben ist, finden wir in einem dem Reichstage kurz vor seiner Auflösung in Vertretung des Reichsanwalters vom Grafen v. Pofadowsky zugestellten Bericht des Reichskommissars über die Weltausstellung in St. Louis 1904. Da erstattet" Dr. Jacher, Direktor im Kaiserlichen Statistischen Amt einen umfassenden Spezialbericht über die Gruppe „Arbeiterversicherung“. Der Verfasser konstatiert, daß eine Vergleichung der internationalen Sektionen untereinander überall auf den Gegensatz zwischen freiwilliger Versicherung und Zwangsversicherung führt. Es handelt sich dabei um den Ausdruck zweier verschiedener Grundanschauungen. Die eine wurzelt in der überflossenen Überzeugung, daß nur das größte Maß von Freiheit für jeden einzelnen die tüchtigsten und besten Kräfte der Nation, und damit auch die Nation selbst, zur vollen Entwicklung bringen könne. Die andere geht von der neueren sozialen Auffassung aus — für die der demokratische Sozialismus in erheblichen Maße bahnbrechend gewesen ist —, daß der moderne Kulturstaat nicht als ein Konglomerat von Individuen, sondern als ein fein gegliedertes soziales Organismus anzusehen ist, und daß deshalb die Lösung des sozialen Problems organisch sein muß, aber nicht ausschließlich dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden darf.

Die Ueberlegenheit der Zwangsversicherung behandelt Dr. Jacher unter drei Gesichtspunkten. Die Erfahrungen aller Länder ohne Zwangsversicherung liefern den Beweis, daß jedes System freiwillig auf den eigenen Antrieb und die alleinige Selbsthilfe der Arbeiter begründeten Versicherung gegen die Beeinträchtigung oder den Verlust der Arbeitskraft infolge von Gewerbeunfällen, Betriebsunfällen, vorzeitiger Invalidität und Altersschwäche trotz aller Begünstigungen und Erleichterungen regelmäßig nur die Elite der Arbeiterschaft erfaßt, dagegen die breiten Massen der Lohnarbeiter und gerade die der Fürsorge bedürftigsten Schichten nach wie vor in ihrer Leihgarnie und Hilflosigkeit beläßt. Hier haben, wie z. B. in England und Frankreich, nach Dr. Jachers Darlegung die Erfahrungen an Menschenaltern gezeigt, daß was die Befechter des reinen „help you self“ von diesen Massen verlangen, das Maß ihrer Kräfte bei weitem übersteigt und daß das erstrebte Ziel ohne gesetzlichen Zwang und ohne die Mithilfe der Arbeitgeber und Beihilfe des Staates schlechterdings nicht zu erreichen ist.

Hierzu haben wir zu bemerken, daß nach der Anschauung der Sozialdemokratie die Beitragspflicht der Arbeitgeber und des Staates gegeben ist mit der Tatsache, daß die Arbeiter gezwungen sind, den Unternehmer die Mehrwerte zu schaffen und dem Staate bezw. dem Reich den weitaus größten Teil der Steuern für seine Bedürfnisse zu schaffen. Was Unternehmer und Staat für die Arbeiterversicherung leisten, das ist in der Tat nichts anderes als ein Teil von dem, was sie durch die Zuanprunahme der Arbeits- und Steuerkraft der Massen für ihre Interessen gewinnen.

Man hat in den letzten Jahren auch in Deutschland — und hier besonders von ärztlicher Seite — der Zwangsversicherung den Vorwurf gemacht, das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit zu schwächen. Darauf erwidert Dr. Jacher, daß gerade umgekehrt die Zwangsversicherung — jener Millionen, die für die freiwillige unerreichtbar sind, aus ihrer Leihgarnie und Hilflosigkeit emporhebt, sie sozialpolitisch erzieht. Wir haben schon öfter dieselbe Ueberzeugung ausgesprochen, allerdings unter zum Teil wesentlich anderen Voraussetzungen als die extremen Vertreter der gouvernementalen Sozialpolitik. Wir werden auf diesen Punkt im Zusammenhang mit dem folgenden zu sprechen kommen. Dr. Jacher fügt hinzu: Da die Zwangsversicherung als solche „naturgemäß auf das Notwendige beschränkt bleiben muß“, so bietet sie gleichwohl in der Form der freiwilligen Zusatzversicherung den wirtschaftlich und intellektuell höher stehenden Schichten der Arbeiterwelt auch für die eigene Betätigung einer weitergehenden Fürsorge nicht nur völlig freien Spielraum, sondern auch erleichterte Wege. Die Zwangsversicherung siehe also der Förderung und Vertiefung des persönlichen Selbstverantwortlichkeitsgefühls keineswegs entgegen, bietet vielmehr erhöhte Garantien für die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes, wie dies auf dem letzten Internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam (August 1904) einstimmig anerkannt worden ist.

Die hier in Rede stehende, vom Amsterdamer Kongress zu dem Thema: „Sozialpolitik und Arbeiterversicherung“ einstimmig angenommene Resolution muß im ganzen gewürdigt werden. Sie enthält in knappen Zügen alle die Erwägungen und Voraussetzungen, die die Sozialdemokratie für die obligatorische Arbeiterversicherung geltend macht. Wir setzen sie deshalb im Wortlaut hierher:

In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so fargen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend verfallen, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft; in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, die die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfälle und Invalidität möglichst verhindert werden, und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Recht an Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Alters- und Rentenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitsschones

in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungseinrichtungen unter der Selbstverwaltung der Versicherer gestellt und daß für einzelstaatliche wie auch länderliche Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.

Für die Förderung und Vertiefung des persönlichen Selbstverantwortlichkeitsgefühles ist nichts so wichtig als die Selbstverwaltung der Versicherungseinrichtungen durch die Versicherten. Es muß weiter hinzukommen die völlige Ueberwindung der mit der Arbeiterversicherung von reaktionären Elementen verquickten Tendenz, ihr den Charakter einer „verbesserten“ Armenpflege zu geben. Sie darf kein System gouvernemental-bureaucratischer Bevormundung der Versicherten darstellen; sie muß eine soziale Rechtsinstitution im besten Sinne des Wortes sein. Die Arbeiter können und müssen weiter fordern, daß sie nicht spekulativ mißbraucht wird zu sogenannten „ordnungspolitischen“ Zwecken. Es heißt, ihr Wert und Bedeutung nehmen, wenn reaktionäre Politiker sie, wie es in Deutschland seit dem Anfang der achtziger Jahre geschieht, zum Vorwand nehmen für das Bestreben, die Arbeiterklasse politisch zu entrechteten, ihr das Wahlrecht, das Koalitionsrecht usw. zu nehmen, und sie so von der „wohlwollenden Fürsorge“ der herrschenden Klassen und öffentlichen Gewalt abhängig zu machen. Auf eine Fürsorge um diesen Preis, der den Geboten der Gerechtigkeit und den Gesetzen des Kulturfortschritts widerspricht, leistet die deutsche Arbeiterklasse Verzicht. Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß Dr. Jacher nicht zu denen gehört, gegen den wir diesen unsere Vorhalt richten. Er wendet sich weiter gegen die — wie er sagt, besonders in Amerika vertretene — Anschauung: es sei eine „Humanitätsschwärmerie“, wenn Deutschland alljährlich Millionen veranlasst, um Kranke und Krüppel, Sieche und Schwache zu versorgen, statt dem „natürlichen Ausleseprozess“ seinen Lauf zu lassen; „nur durch Ausschcidung aller Unberwertigen könne eine Nation groß und stark werden. Diese Anschauung weist Dr. Jacher entschieden zurück, indem er ausführt: sie sei schon volkswirtschaftlich verfehlt. Man übersehe dabei, daß jede produktive Arbeitskraft der Nation mehr oder minder große Auslagen an Erziehung- und Ausbildungskosten verursacht hat und daß diese Auslagen durch die Produktivkraft der Arbeit erst wieder eingebracht werden. „Wenn also diese Verwendung der Arbeitskraft vorzeitig embigt, entsteht für die Nation ein volkswirtschaftlicher Ausfall.“ Die Therapie der deutschen Arbeiterversicherung aber lasse keinen Zweifel, daß der bei weitem größte Teil der im Verufe geschädigten Arbeitskräfte durch rechtzeitige und sachgemäße Hilfe wiederherzustellen ist und daß sich bei darauf verwandten Mittel überreich verzinsen. Wenn aber dem verbleibenden Reste in Form von Unfallrenten oder Invalidenrenten als „Arbeitsinvaliden“ wenigstens die Lebensnotdurft gesichert werde, so sei dies ebenso eine Ehrenpflicht der Nation wie die Versorgung der Kriegsinvaliden.

Endlich zieht Dr. Jacher aus den Erfahrungen Deutschlands die Lehre, daß die Zwangsversicherung von dem Gebiete der Therapie (der Wissenschaft der Krankenbehandlung) auf das der Prophylaxis (der Kunst des Vorbeugens, des Verhinderns) hinüberleitet, weil die deutsche Arbeiterversicherung mit ihrem umfassenden Sozialstatistik die verschiedenen Schäden am Volkstörper klar erkennen läßt und mit ihren vielfältigen Einrichtungen, Kräften und Mitteln zugleich die Möglichkeit bietet, in Gemeinschaft mit den Organen der freien Selbsttätigkeit vorbeugende Maßnahmen

Im großen Stille zu treffen.“ Er erinnert an die Maßnahmen gegen die Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und andere Volkskrankheiten, gegen den Alkoholmißbrauch, das Wohnungselend der unentwickeltesten Volksschichten und dergleichen mehr — „alles Kulturfortschritte, die ohne die Zwangsversicherung kaum so schnell und so umfassend zu erzielen gewesen wären“.

Diese an sich in der Hauptsache zutreffenden Erwägungen könnten noch erheblich vervollständigt werden. Wir möchten bemerken, daß unsere Sozialstatistik noch einer bedeutenden Ausgestaltung bedarf, um den großen Aufgaben, denen sie zu dienen hat, genügen zu können. Das gilt besonders von den Spezialzweigen: Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter usw. Auf diesem Gebiete ist die selbständige Arbeiterorganisation aus eigener Initiative mit gutem Beispiel vorangegangen, die offizielle Statistik aber zurückgeblieben. Deutschlands Erfahrungen lehren in erster Linie mit, daß auf dem Gebiete der Arbeiterdurchsetzung noch außerordentlich viel geleistet werden muß, wenn von umfassender und gründlicher Prophylaxis die Rede sein soll. Der von den Sozialdemokraten im Reichstage beantragte achtstündige Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter, reichsgesetzliche Regelung der Heimarbeit wie des Bergarbeiter- und des Bauarbeiterzuges, die Beteiligung der Arbeiter an der Arbeitskontrolle usw.; die Ausgestaltung der Arbeiterversicherung in all den von der Sozialdemokratie vorgezeichneten Richtungen; reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens; Sicherstellung des Koalitionsrechts, das die Arbeiterklasse für die Hebung ihrer Lebenshaltung, für die Eringung menschenwürdigen Lohnes nicht entbehren kann; Beseitigung des agrarischen Lebensmittelwuchers, der die Lebenshaltung der Massen niederdrückenden Hölle und Steuern auf notwendige Konsumartikel; Festlegung einer gesunden Wirtschaftspolitik; eine bessere Erziehung durch eine gründlich reformierte, den Anforderungen der Humanität genügende Volksschule und Fortbildungsanstalten — alles das und noch vieles mehr muß erreicht werden, um zu einem guten System sozialer Prophylaxis zu gelangen und die praktische, sittliche und rechtliche Bedeutung der Zwangsversicherung soweit wie nur irgend möglich zu steigern.

Die Gewerkschaftspresse über die Reichstagswahlen.

Je mehr die Einzelheiten des Wahlausfalles bekannt werden, um so deutlicher zeigt sich, daß uns die Gegner wohl durch das Massenangebot der indifferenten Wähler verschiedene Mandate abnehmen konnten, es aber nicht zu verhindern vermochten, daß die Sitzenzahl der Sozialdemokratie weiter gewachsen ist. Nach einer Zusammenstellung des „Vorwärts“ hat die Sozialdemokratie am 25. Januar 8 255 970 Stimmen gemessen, das sind 245 199 mehr, als bei der Wahl von 1903. Also nahezu eine Viertelmillion neuer sozialdemokratischer Wähler!

Von den bisher vollzogenen Stichwahlen ist keine zu Gunsten der Sozialdemokratie ausgefallen. Bremen, Ottenen-Binneberg und Arold sind verloren gegangen.

Es unerwartet auch der Ausfall war, er hat nichts weniger als Mullosteigkeit in der Arbeiterkass hervorgerufen. Man hat uns nur überstimmen können, indem man das letzte Aufgebot des Landsturms der Philister gegen uns mobil machte und indem man alle und jede Rücksicht auf Ehre und Ansehen uns gegenüber beiseite setzte. Doch es wird wieder einmal anders kommen, es wird bald wieder heißen: Das Volk, wie Lagenjämmerlich, das gestern noch so schön besoffen! Das ist auch der Grundton der Artikel, womit die Gewerkschaftspresse — soweit wir sie überleben können — den Ausfall der Wahl glorifiziert. Ein und wieder klingt auch eine kritische Note dazwischen, die manche Vorworte innerhalb der Arbeiterbewegung für das unglückliche Resultat mit verantwortlich macht und eine ausgiebigere Behandlung dieses Punktes für später in Aussicht stellt.

Es ist hocherfreulich, zu sehen, wie schnell die Mißgefalligkeiten, die noch vor einem halben Jahre zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung bestanden, restlos geschwunden sind; daß alles einmütig zusammensteht in dem Willen, durch unbedingte ernste Arbeit die Niederlage wieder gut zu machen. Wir lassen hier einige Auslassungen der Gewerkschaftspresse folgen.

Der „Hammer“ schreibt:

„Im einzelnen hat nun freilich der vom Heberischen Reichsvereinsverband vorfristig organisierte Wahlapparat die Stimmen der Gegner so dinstellen lassen, daß uns eben trotz unserer Sitzenzugewinne viele Kreise entzogen worden sind. Daß diese Wirkung in dem nun vorliegenden Umfange erzielt werden konnte, hatten weder wir noch unsere Gegner angenommen. Als sicher dürfen wir hierfür nur noch solche Kreise ansehen, in denen wir am Besten auf die Stimmen von mindestens 47 pZt. der Wahlberechtigten rechnen können, um bei einer Beteiligung von 94 pZt. noch die Mehrheit zu

behaltten. In besonders lebhaften Kreisen werden sogar 48 pZt. erforderlich sein.“

Ein Moment darf freilich nicht verschwiegen werden, wenn wir nach den Ursachen forschen, die den Gegnern das solofale Anwachsen ihrer Sitzenzahl erleichtert haben. In den gegnerischen Reihen, Jungsocialisten und Feindgruppen spielte die Erinnerung an unsere Parteinarren in den letzten Jahren eine sehr große Rolle. Und wer diesmal im Wahlkampf gefunden hat, wer als Hausgastator auf die Dörfer gegangen ist, wird bestätigen, daß die Ausgrabung gewisser Vorkommisse, die Anspöckelung bestimmter Parteigenossen durch gewisse Parteiblätter namentlich auch auf ländliche und städtische Arbeiterkreise, die unserer Partei noch fern haben, einen tiefen, unserer Arbeit höchst ungünstigen Eindruck gemacht. In der Vergangenheit hat die kleine Provinzpresse, die einzige politische Kraft für Millionen Arbeiter, unseren Stand und Rang mit Wägen breitgetreten und dadurch die Sympathien für uns in den indifferenten Kreisen zur Erfaltung gebracht. Nur dieser bereits vorhandenen inneren Entfremdung und Erfaltung ist es zu danken, daß diesmal die tolleren Verleumdungen, die gegen uns geschleudert wurden, viel mehr Glauben gefunden und uns Wähler gerant haben als früher. Gleichwohl und verleumdet wurde auch früher, aber es trug nicht viel. Diesmal fanden dagegen die Lügen und Verleumdungen miltigere Aufnahme, weil eben gar zu vieles in den letzten Jahren innerhalb unserer Partei geschehen war, was schließlich auch die letzten Lügen den urteilschwachen Kreisen glaubhaft machte. Der Kampf mancher Parteiorgane gegen die Gewerkschaften, die Verschimpfung einzelner Parteigenossen, die niederwürdige Manier, dem anderen ohne Not schlechte Worte für sein Handeln unterzuschleichen — das hat jetzt seine Früchte getragen.

Wir werden uns der Schande keinen. Wie auf 1887 ein 1890 folgte, so wird auf 1907 ein 1913 folgen, wenn nicht inzwischen das Wahlrecht verändert worden ist. Wenn die Liberalen und Freiwiligen auf den Anbruch einer liberalen Aera“ hoffen, so werden sie wieder die betrogenen Betrüger sein. Das Zentrum kehrt verflucht wieder und wird seinen Feinden mit der Regierung bald genug salfchen. Die Schwächung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Gesetzgebung und Steuerbewilligung wird dem rostfolleren Gebirgsbürger zeigen, wie sehr er sich jetzt in seine eigene Nase geifchen hat. Zur Entmutigung für uns ist kein Anlaß. Arbeiten wie bisher; ausbauen und werden wie bisher; aber nicht mehr einander anfeindern. Werden alle dieses Rezept befolgen, dann braucht uns um die nächste Wahl nicht bange zu sein. Das übrige wird die Regierung mit ihrer pudeltreuen Mehrheit tun.“

Der „Fachschriftarbeiter“:

„Die Wahlresultate vom 25. Januar zustande gekommen ist, darüber läßt sich vieles sagen, wofür heute noch nicht die Zeit gekommen ist. Nur soviel kann mit ruhigem Gewissen gesagt werden, daß wir Sozialdemokraten diesmal den Wahlkampf geführt haben gegen eine Welt von Wiberfachern. Vom Reichstagsler, der sich mit dem Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie verbündet, bis herab zum bummigen Spießer, der in der Sozialdemokratie die Zerfäßer der Familie und die Räuber des Eigentums sieht. Selbst unter demselben Druck und Gieud zeigten, mußten wir kämpfen.“

Der „Töpfer“:

Die Sozialdemokratie hat eine Bataille verloren — weiter nichts! Sie selbst sieht nach wie vor achtunggebietend und der Reaktion trotzend da! Sie ist nicht tot — und sie wird den Kampf führen mit Fleiß und Ausdauer bis zur endgiltigen Entschcheidung! Nur sie — das haben wir schon des öfteren dargelegt — vertritt die Rechte der Arbeiterschaft in unverwundeter entschärdeter Form!

Die empfangene Niederlage kann und darf nicht die Parteibegeisterung schwächen. Wir haben auch die feste Ueberzeugung, daß auf die Wähler, welche bei dieser Wahl für die Sozialdemokratie gestimmt haben, auch in der Zukunft zu bauen ist. Wer bei dieser allgemeinen Fege auf Motiv, bei einer solchen niedrigen, verleumdlichen, verächtlichen, hundsgeimigen und läugnerischen Wählerlei, wie sie seitens der Gegner der Sozialdemokratie betrieben worden ist, dennoch weiterfest geblieben ist, auf den ist auch in der Zukunft zu bauen.

Und wer hat der Regierung den „Sieg“ gebracht? Jenes tendenziöse, denfallsche Mittelkern, jene Partei der Nichtwähler, der bisher politische Indifferenten, die am Wahltag durch allerlei Galanitätsversuche auf die Beine gebracht worden sind! Diese werden sich in physischen und geistigen Siegesbrauerei bald wieder auf die Wärenden legen, und es steht sehr die Frage, ob es so bald wieder möglich sein wird, diese Stimmzettelnautomaten bei ähnlichen Anlässen wieder auf die Beine zu bringen.

Die Regierung und Reaktion feiern sehr ihre billigen Triumphe. Die Sozialdemokratie aber wird strenge Selbstkritik üben. Sie wird die Fehler und Mängel, welche ihr noch anhaften, aufzudecken suchen und Abhilfe schaffen und dann wieder in der politischen Kampfarena erscheinen, stärker und mächtiger, denn je!

Sie hat eben nur eine Bataille verloren. Ihr Ehrengeld, aber ist dabei rein und unbesetzt geblieben, während der Schild der Gegner beschmutzt, von elender Lüge und Verleumdung entsetzt ist. Die Idee der sozialistischen Weltanschauung aber wird sich durchringen trotz aller Niedertracht und Lüge, trotz allem!

Der „Vereinsanzeiger“ (Maler):

„Nimmer von neuem wieder muß die eigene Kraft und die des Gegners gedrückt, immer wieder muß die bisherige Kritik auf ihre Nützlichkeit geprüft werden. In einem derartigen Kampfe, wie ihn das Proletariat gegen einen in den besten Wäffen starrenden Feind, dem alle Hilfsmittel zu Gebote stehen, zu führen hat, bedarf es in jedem Augenblick der nüchternen Ueberlegung und der klaren Berechnung. Nicht ein mißes Drauflosfahren wird den Arbeiter den Sieg bringen, sondern ein zähes, unaufhaltsames, hartnäckiges Vorwärtsdringen, bei dem am jeden Fußbreit Boden gekämpft werden muß. Und hierbei ist die tollste Hoffnung eine ebenso falsche Raubegetin, wie die blasse Versmeltung.“

Wir haben durchaus keinen Grund, die Fittne ins Korn zu werfen und unsere Sache verloren zu geben, trotz des betäubenden Siegesgeheul der Gegner.“

„Allgem. Steinflegerzeitung“:

„Wenn das Klassenbewußte Proletariat unter derartigen Umständen eine Schlacht verloren hat, so hat es keine Ursache, sich seiner Niederlage zu schämen. Und wenn das arbeitende Volk aus dem Ausgang der diesmaligen Wahl die richtigen Lehren zieht, dann ist dieser Wahltag der letzte Sieg der herrschenden Klassen gewesen.“

Die Lehren, die wir aus dem Wahlresultat zu ziehen haben, sind sehr einfach. Es gilt, die politische und gewerkschaftliche Organisation des arbeitenden Volkes auszubauen; es gilt vor allem, die große Masse der heute noch abseits stehenden durch intensive Aufklärung politisch und gewerkschaftlich zu schulen, damit solche Massenpublik, wie man der großen Masse des arbeitenden Volkes diesmal zu bieten magte, von derselben ohne weiteres erkannt und entsprechend bewertet werden.“

„Sozialarbeiterzeitung“:

„Diese Wahl schneidet durchaus den Faschingswahlen vom Jahre 1887. Wir damals hat man auch jetzt wieder die „nationale Verbesserung“ mit bunten Wiberbögen und uninteressanten Wählreden, mit Wählern und dem schamlosesten Terrorismus der Partisten zu entzücken gewußt. Der Reichstagsler Fürst Bälow selbst hat des öfteren in der Wahlkampf eingegriffen, und Dernburg, der Leiter des Kolonialamts, hatte sich sogar zum Wahlrequisitenfabrikant etabliert, um vereint mit den Kolonialherren Budequitt und Trotha und den Kolonialschwärmer von links und rechts im deutschen Volke den Boden für eine reaktionäre Reichstagsmehrheit zu bereiten. Die gemischten Verleumdungen und Verleumdungen waren den „liberal“ föderativen Wahlmännern gerade gut genug zur Erreichung ihrer reaktionären Zwecke.“

„Gelangt es uns nicht in den Stichwahlen, die Siege der reaktionären Parteien auf ein Minimum zu beschränken, so dürfte diese Reichstagswahl der Beginn einer durchaus reaktionären arbeitereindlichen Gesetzgebung sein, die selbst die Periode 1887 bis 1890 und die Prot- und Pfeifenwucherkampagne der nationalliberal-ultramontan-föderativen Reichstagsmehrheit in den Schatten stellen dürfte.“

„Die Gewerkschaft“ (Gemeindearbeiter):

„Die vielen glänzenden Wählerversammlungen, welche die Sozialdemokratie veranstalten konnte, der Aufschwung der Arbeiterpresse kurz vor der Wahl und das Anwachsen der Parteioorganisationen waren fast unabweisbare Zeichen des Sieges der Arbeiterpartei. Aber wir waren unteres Sieges zu sicher! Wir hatten nicht mit den Zeitungsleuten geredet, die me, wie irgendwelche politische Aufführung empfangen hatten und bei denen nun die Verleumdungen unserer Gegner, und schließlich nicht zuletzt des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade wirkten. Die wenigen Wochen unserer Gegenagitaton vermindern kaum all den Schwindel aufzubeden, der von jener Seite produziert wurde.“

„Correspondenz-Blatt der Tagesierer“:

„Es liegt für der kritischen Mandatsbesitzer kein Grund zum Verzagen für uns Arbeiter vor. Der augenblickliche Triumph der Gegner muß sich in eine viel größere Niederlage umwandeln, wenn alle Arbeiter künftig ihre Schwabigkeit tun. Alles, was sozialdemokratisch stimmt, muß eben künftig für die Jugendbrigkeit zu der besten, dauernden Organisation erzogen werden. Da muß gearbeitet werden, daß ein jeder das einsehen lernt!

Es ist erklärlich, daß nun die verschiedensten Erklärungen für den Wahlausfall gesucht und gefunden werden. Die wichtigsten werden die Ursachen im Wesen der verschiedenen, heute bestehenden Verhältnisse zu erfassen wissen. Welmehr werden viele geneigt sein, äußerliche Dinge und Wortkommisse als den eigentlichen Grund dafür anzusehen. Die einen führen an, daß nach Dresden (Vorzitag) solche Früchte kommen mußten, andere werden die Auseinanderlegungen zwischen Partei und Gewerkschaften, Köln, Jena, Mannheim, anführen, wieder andere die sogenannte kapitalistische Wärdung in der Partei, welche stets den schroffen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital aus schärfste betont, verantwortlich machen. Die Gemäßigten werden alle Schuld auf das Viebürgertum und der Generalfreiwärd und den Stimmstampfgedanken zurückführen um.“

Wir meinen, die wahren Ursachen liegen tiefer. Die herrschende Gesellschaft sah schon seit geraumer Zeit mit Grauen den Aufstieg der Arbeiterbewegung. Alles oberflächlich mag bis zu einem gewissen Grade zulaugemengert haben, um die schwankenden unglücklichen Wählergenossen zu verwirren, so daß sie auf den Leim gingen und ihre Wegger wieder einmal selbst gewählt haben.“

„Die Bergarbeiterzeitung“:

„Es ist gar nicht zu leugnen: der 25. Januar hat den Nahrungszustand, Wahlrechtsfreunden, Scharmachern und Gewerkschaftsfeinden nicht die gründliche Niederlage gebracht, die im Volksinteresse höch nötig ist. Man stände vor einem Mädel, wenn man nicht wüßte, wie schwer es ist, der Wählermasse begreiflich zu machen, was ihr einziges Not ist. In der Gewerkschaftsagitaton machen wir ja dieselbe Erfahrung. Jeder Arbeiter sieht vor Augen die straffgeladene, einige Organisation der Kapitalisten. Aber Querschnittsblende bleiben doch der Gewerkschaft fern. Nur wenn sie in Not sind, finden viele unorganisierte Kameraden den Weg zu unseren Reichsverbandsbüreau. Alle Arbeiter tragen über die unverkündete Feindzeitung, trotzdem gehen Tausende hin und wählen die Feindzeitung. Alle Arbeiter tragen über Lohnabhängige, erböhte Schulferei, gefährliche Vertriebsabhängige; trotzdem gehen Tausende von Arbeitern hin und wählen den Gegner einer Arbeiterdurchsetzung. Unabhängige Beweise liegen vor für den erbitterten Haß der Bergwerks- und Hüttenherren gegen die Arbeiterorganisationen; trotzdem wählen Tausende von Lohnnehmern ihre Kusbeuter.“

Die Lüge braucht Sekunden, um durch die Welt zu fliegen, die Wahrheit bringt in Jahresfrist nicht durch. Die am 25. Januar ihre natürlichen Feinde wählten, werden, wenn der neue Reichstag eine scharfmächtige Mehrheit bekommt, bitter an eigenen Leibe zu ihren bekommen, daß sie ihre eigenen Interessen mit Füßen getreten haben.“

Rechtlich äußern sich auch die übrigen Organe, soweit sie es überhaupt tun und sich nicht, wie der „Correspondent“ der Buchbruder u. a., mit der einfachen Registrierung der Resultate begnügen.“

Wirtschaftliche Rundschau.

(Wirtschaftliche Rundschau in London und Berlin. — Besondere Besondere Vorgänge in New York. — Der Rohstoffmarkt für Eisen und Stahl. — Die Eisenindustrie in England.)

Die Herabsetzung des Zinsfußes in London und Berlin, nach glücklich überstandener Umlaufumwälzung und beträchtlichem Zahlungsmittelrückgang im Januar, hat dem Geschäftstreiben eine gewisse Erleichterung gebracht. Die Bank von England ging am 17. Januar mit ihrem Diskont von 6 auf 5 pZt. herunter; die deutsche Reichsbank folgte am 22. Januar mit einer Ermäßigung von 7 auf 6 pZt. Verhältnismäßig sind, wie wir nicht weiter darzulegen brauchen, die Zinssätze für den Jahresanfang noch immer außerordentlich hoch; aber sie sind für die Unternehmungslust erträglich.

Dafür hat sich eine neue Sorge eingestellt: die offensichtliche Lebensspannung und zeitweise Erschütterung der New Yorker Börse, von der aus jede Panik über das gesamte amerikanische Wirtschaftsleben sich ausbreiten und schließlich auf Europa ihre Wucht ausüben mußte. Bisher hat sich jedoch bei den New Yorker Spekulationen nur um große internationale Spekulationskämpfe, der New York gibt dabei von London aus, das, anstatt wie vorher große Aktien amerikanischer Aktien zu kaufen und dafür den Vereinigten Staaten das dringend benötigte Edelmetall zuzuführen, umgekehrt große Aktien von Amerikanern wieder absetzt und die Versorgung von Panikverkäufern einstellt. Gleichzeitig entwarf das einflussreiche Wall Street, in einem politischen Leitartikel ein sehr wenig annehmendes Bild von der 'Demokratie' des amerikanischen Eisenhandelsmarktes, von den Freiheiten der großen Finanzgruppen in Eisenhandelswerten, um konkurrierende Aktien zu machen und Bahnhöfe abzurufen, oder auch nur, um im frühen Auf und Ab der Kurse zu spielen. Wie überläßt Wall Street (die New Yorker Börse) bereits mit Verschickungen nach, ergibt die eine Tatsache, daß diesen das Jahr 1906 für fast alle Eisenwerke von 20 bis 25 pZt. schloß. Der ziemlich plötzliche Umschwung in der englischen Haltung, der Übergang der geliebten Londoner City zu Eisenverkäufen und Gebirgsarbeiten war deshalb von um so härterem Eindruck. Alle amerikanischen Bahnen stehen vor großen neuen Kapitalaufnahmen, um ihren Betrieb zu erweitern und zu vervollständigen. Von den Bahnhöfen und Bahnmaterialeisenhängen die amerikanischen Eisenindustrie in ganz außerordentlicher Art ab. So versorgt man die New Yorker Vorgänge, etwa seit Mitte Januar, in England und Deutschland nicht ohne Unterbrechung — jedoch ohne in den eigenen Preisbereichen irgendeine Erschütterung.

In der deutschen Eisenindustrie gewahren wir seit Beginn des Jahres schon wieder zahlreiche Preisrückgänge, von Kohlenstoff aufwärts bis zu den Hauptarten der Feingewerbe. In der Wochenzeitung der 'Woll. Ztg.' heißt es heute: 'Zusammen mit den Eisenwerken der Ruhr, die die Fabrikanten für Sägen und Maschinenmesser und endlich die Solinger Stahlwerkzeughersteller haben ihre Preise herabgesetzt. Gleichzeitig zogen an der Düsseldorf-Börse die Notierungen für gewöhnliche Waare sowie Stahlschleife aus Frankreich bis um M. 5 pro Tonne an.' In der letzten Besprechungsberichterstattung des Reichs-Eisenhandels-Kohlenhandels (am 22. Januar) schloß der Vorstand seinen Bericht damit: alle Zeichen sprechen dafür, daß in der augenblicklich herrschenden guten Konjunktur eine Veränderung vorläufig nicht eintreten werde. Ueber die unzureichende Versorgung mit Eisenbahnwagen wird noch bitterer als vorher geklagt. Die englischen Kohlenmärkte steigerten zuletzt ihre Preise fast von Tag zu Tag. In New York notierte man pro Tonne:

Table with 4 columns: Item, 26. Januar, Anfang Dezember 1906, Anfang Dezember 1905. Rows include Best Dampfohle, Zweite Sorten, Kleine Dampfohle, Siebereis.

Da jetzt durch die 'Nachrichten' aus dem Reichsamt des Innern die vollständigen Ziffern für die deutsche Kohlenproduktion von 1906 veröffentlicht werden, so seien sie wiedergegeben, obwohl das Bild unserer Lesern nichts Neues mehr bieten kann. Die angeführten Ziffern für die Vorjahre entstammen der amtlichen Vergleichsanstalt, die gewöhnlich einige ganz minimale Abweichungen von den Vorziffern des Reichsamts des Innern bringt. Deutschlands Brennstoffproduktion betrug danach in Tonnent:

Table with 3 columns: Im Jahre, Steinkohlen, Braunkohlen. Rows for years 1906, 1905, 1904, 1903, 1902, 1901, 1900.

Eine Produktionsvermehrung um über 15 000 000 t, wie zwischen 1905 und 1906, ist bei den deutschen Steinkohlen wohl noch niemals dagewesen. Beim letzten Aufschwung von 1896 bis 1900 wuchs die Fördermenge von 79 200 000 t (in 1896) auf 95 700 000 t — 91 100 000 t — 96 300 000 t — 101 800 000 t — 109 300 000 t (in 1900), also in vier Jahren vier Stufen. Nimmt man erst 1896 und dann wieder 1902 als Unterstufe der jedesmaligen Aufschwungsperiode, so hätten wir damals in fünf Jahren der Prosperität die Kohlenmenge um 80 000 000 t wachsen sehen, diesmal fast in vier Jahren — obwohl die 107 000 000 bis 109 000 000 t, mit denen wir beim vorigen Aufschwung endeten, beim diesmaligen Aufschwung begannen, von vielen schon als dauernd unerschöpfliche Lieferproduktion benutzt wurden. Daneben wuchs damals die Braunkohlenproduktion nur von 25 000 000 t in 1896 auf 40 500 000 t im Jahre 1900, also in fünf Jahren um fast 15 000 000 t — diesmal von 43 100 000 t im Jahre 1902 auf 58 200 000 t im Jahre 1906, also bereits um über 13 000 000 t in vier Jahren des wirtschaftlichen Aufstieges.

Nachschuß beim Eisen. Die Ermittlungen des Reichsamt deutscher Eisen- und Stahlindustrieller liegen jetzt gleichfalls

abgeschlossen für das ganze Jahr 1906 vor. Die Gesamtproduktion von Roh Eisen betrug danach 12 478 067 t gegen 10 887 623 t in 1905, 10 103 941 t in 1904 gegen 8 530 000 t in 1903. Hier kamen mit den 1896 bis 1900 einen Aufstiegs von: knapp 5 600 000 t auf 8 500 000 t im Jahre 1900, also um 3 000 000 t in fünf Jahren der guten Konjunktur — diesmal von gut 8 500 000 t im Jahre 1902 auf knapp 12 500 000 t im Jahre 1906, also um fast 4 000 000 t in vier Jahren. Der Aufschwung vollzieht sich auf größerer Leistungsfähigkeit.

Nach der ebenfalls unterdessen erschienenen Statistik des Deutschen 'Economi' wäre auch die Emittionsleistung in Deutschland während des Jahres 1906, trotz der erschwerenden Kapitalmarktverhältnisse und 'Zurück', immer noch viel höher als 1904 und vorher gewesen, obwohl nicht ganz so hoch wie 1905. Es wurden nämlich emittiert im Jahre 1906, M. 2 838 000 000 (Kurswert) in ausländische Wertpapiere gegen M. 3 090 000 000 bzw. M. 1 995 000 000, M. 1 696 000 000 in den drei vorhergehenden Jahren. Die Finanzpräsumption des deutschen Kapitalmarktes für ausländische Anleihen betrug in Millionen Mark:

Table with 5 columns: 1906, 1905, 1904, 1903, 1902. Rows for 1906, 1905, 1904, 1903, 1902.

Auf deutsche Wertpapiere entfielen in 1906 M. 2 617 000 000 gegen M. 2 082 000 000, M. 1 763 000 000, M. 1 424 000 000 in den drei vorhergehenden Jahren. Für Aktien deutscher Banken wurden ebenfalls aufgebracht in Millionen Mark:

Table with 5 columns: 1906, 1905, 1904, 1903, 1902. Rows for 1906, 1905, 1904, 1903, 1902.

Für Aktien deutscher Industrie-Gesellschaften in Millionen Mark:

Table with 5 columns: 1906, 1905, 1904, 1903, 1902. Rows for 1906, 1905, 1904, 1903, 1902.

Banken und Industrieunternehmungen sind hier also in der Vergangenheit neuen Kapital. — Soweit die Börse als Vermittlerin in Frage kam — 1906 einem Höchstpunkt zugeföhrt, nur in der Unterbringung anderer Werte, vor allem ausländischer Anleihen, legte man sich eine größere Merkte auf, durch die schließlich auch die Gesamtziffer aller Emissionen etwas herabgedrückt wurde.

Die deutsche Auswanderung hat im Jahre 1906 etwas höher gestanden, als man eigentlich vermuten sollte. Offenbar haben hier Zufälligkeiten mitgespielt; entscheidend waren wohl die überaus günstigen Berichte über den Arbeiterbedarf in Amerika, das den Hauptstrom der Europäer nach wie vor an sich zieht. Die Auswanderung Deutscher über fremde Häfen blieb ziffermäßig noch nicht genau fest, aber etwa 6000 betragen haben gegen 6109 im Jahre 1905. Die gesamte Auswanderung aus Deutschland hat sich ab dem 1. im Jahre 1906 auf 81 465 Personen belaufen gegen 28 075 im Jahre 1905 und 27 984 im Jahre 1904, so daß gegenüber dem vorausgegangenen Jahre eine Zunahme um 3 390 oder 12,1 p. H. stattgefunden hat. Bisher hatten wir die Höhepunkte der deutschen Auswanderung mit 220 903 und 203 585 Auswanderern in den Jahren 1881 und 1882 erreicht, dann aber mit 120 089 und 116 339 in den Jahren 1891/92. Die Periode des tiefsten Standes war bisher 1897 bis 1901, wo kaum 22 000 bis höchstens 24 1/2 laufend Deutsche in das Ausland abtraten. Die heutigen Ziffern sind demnach, wenn man die heutige deutsche Gesamtbevölkerungsziffer in Betracht zieht, immer noch niedrig.

Dagegen haben unsere Arbeiter, die ja nicht nur deutsche, sondern noch viel mehr russische, polnische, ungarische, galizische Menschenware über den Ozean führen, abermals ein glänzendes Jahr hinter sich. Angehörige fremder Staaten sind über deutsche Häfen 325 990 befristet worden gegen 284 787 im Jahre 1905 und 219 096 im Jahre 1904. Davon gingen über Bremen 191 690 gegen 172 011 und 119 352 und über Hamburg 134 300 gegen 112 776 und 99 744. Wie die fremden Staaten an den Ziffern des Jahres 1906 beteiligt sind, ist noch nicht bekannt, doch dürften wieder die Ungarn und demnach die Oesterreicher und Russen den Hauptanteil haben.

Berlin, 25. Januar 1906. Max Schippel.

Politische Umschau.

Zur Situation. Die Gestaltung der politischen Geschichte Deutschlands hängt vom Anstalt der Stichwahlen ab. Wenn unser heutiger 'Grundstein' in die Hände der Leser kommt, ist es entscheidend, wie der neue Reichstag beschaffen ist: ob er fähig und willens ist, die Bahn des sozialen Fortschritts zu beschreiten, oder ob er unserer ganzen kulturellen Entwicklung eine rückläufige Bewegung geben will. Die Gefahr einer nach allen Richtungen reaktionären Mehrheit ist nahe. Zum guten Teil hat es das sogenannte liberale Bürgertum in der Hand, die Entscheidung nach der einen oder anderen Seite zu geben. Als das Wahlergebnis mit den Vertreten der Sozialdemokratie bekannt wurde, hing den Liberalen der Himmel voller Geigen. Die 'Wiederkehr des Liberalismus', so verkündeten sie triumphierend. Nach und nach dämmerte ihnen die Erkenntnis auf, daß es auch eine Freiheit sein kann. Darüber sind sie auf jeden Fall nicht im 'Zweifel' geblieben, daß die Regierung keineswegs 'liberal' sei, eine 'liberale Aera' zu inaugurieren. Die einflussreichen Liberalen erkennen das auch und geben das ihren Parteifreunden zu bedenken, aber im allgemeinen scheint es nicht, als ob der Liberalismus die Bedeutung des Augenblicks begriffe. In vielen Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie mit einem Konkurrenten oder ähnlichen Reaktionsärn das Mandat kämpft, hat der Freisinn, oder was sich so oder ähnlich nennt, seine Anhänger aufgebodet, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. In einigen anderen überläßt er der freien Entscheidung der Wähler, und nur in wenigen Kreisen hat er sich zu einer offenen Parole für die Sozialdemokratie aufgeschlossen können.

Was im Hintergrunde lauert, wenn der Reichstag überwiegend reaktionär werden wird, geht aus einer Mitteilung des leitenden Organs des bayerischen Zentrum hervor. Danach hat sich ein Vertrauensmann der bayerischen Regierung und des Hofes — ein 'liberaler' Adeliger — bemüht, die Münchener Zentrumspartei zum Eintreten für die Liberalen dadurch zu bewegen, daß er erklärte, es handle sich darum, eine Mehrheit für die Wiedereinsetzung des Reichstags wahrheits für die Gewinn.

Gleichzeitig meldet die 'Alln. Volkszeitung', es bestünde der Plan, eine gefähige Regierungsmehrheit dadurch zu schaffen, daß man die wegen Zunahme der Bevölkerung eigentlich nicht zu wählenden Reichstagsabgeordneten durch die Einzelwahlge wählen lasse. Man suche nach Mitteln und Wegen, wie dies ohne Verletzung des bestehenden Reichstagswahlrechts geschehen könne.

Nach einer anderen Mitteilung soll die Regierung beabsichtigen, das Gewerkschaftsrecht unmittelbar nach Zusammentritt des neuen Reichstages von neuem einzubringen. Ueberhaupt lauten nach dem ungenügenden Wahlergebnis die abenteuerlichen reaktionären Pläne aus. Ohne Zweifel wird man sie verwirklichen, wenn man die Macht dazu hat. Es hat noch keine schmerzliche Krise für das Deutsche Reich gegeben, als die gegenwärtige. Für den Liberalismus heißt es jetzt Farbe bekennen!

Schlagende Wetter. Auf einer fiskalischen Seite im Saarpfalz sind infolge einer Kohlenkloppelung nahe an 200 Arbeiter getötet. Teils sind sie in der Grube verbrüht, teils verbrannt. Dies grauenvolle Vergungslück läßt wieder in den Vordergrund einer Weltanschauung schauen, deren Übermaß den Profit einleitet, den Reichtum der ausbleibenden Privatpersonen oder des ausbleibenden Staates zum höchsten Gesetz macht, hat die Wohlfahrt derer, die alle Arbeit leisten und alle Werte schaffen.

Es ist heute technisch möglich, die Einrichtung auch unter Tage so zu vervollkommen, daß schlagende Wetter nach menschlicher Berechnung überhaupt unmöglich wären. Aber alle solche Einrichtungen kosten Geld und mindern den kapitalistischen Profit. Die Saugmittel gegen die Gefahren der Arbeit, wie immer sie verbessert sein mögen, stehen doch so weit hinter der idealen Wirklichkeit zurück, wie ein altmodischer Drechsel hinter einem modernen elektrifizierten Gewehr. In es nicht ein fürchterlicher Überfließen, der Ausdruck einer geistlos-kulturellen Kultur, daß wir Milliarden jährlich ausgeben, um nur ja das raffinierteste Werkzeug der Fortschritt zu schaffen, während wir jeden Pfennig dreimal in der Hand umdrehen, ehe wir uns zögernd entschließen, die technischen Mittel zu bewilligen, die das Leben und die Arbeit zu schätzen vermögen. Wir scheuen nicht Hunderte von Millionen, um immer mit dem neuesten Werkzeug, mit der vorgeschrittenen Waffe der Technik die Fortschritt, die Vermählung, die Barbare auszurüsten; in den Kontoren der Kapitalisten aber rechnet man mit sorgenvollen Millionen, ob es nicht die Dödsende schädigen würde, wenn man das Leben der Arbeiter erleichterte und sicherte; und der Staat als Unternehmer rechnet womöglich noch ängstlicher. Welchen Wert hat eine Kultur, wenn sie die Fortschritte der Wissenschaft in den Dienst der Fortschritt, ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Bedingungen, stellt. Den Fortschritten der Technik dagegen die Sicherung der Menschen nur in den bedürftigsten Ereignissen ermöglicht, weil es der kapitalistische Profitanspruch nicht duldet.

Die Katastrophe im Saarrevier erinnert zur rechten Zeit, wie die Herren über die Arbeiter gedacht haben, die dem Gewerkschaftsproletariat in dem neuen Verträge seine statt Brot gegeben haben. Auch diese Verhöhung des Arbeiterlohnes war den Vertretern des preussischen Junkertums und der Kohlenbarone im Herrenhaus noch viel zu wenig. Es war der Philosoph des preussischen Herrenhauses, der Herr v. Bürgsdorff, der bei der Beratung des Vertrages im preussischen Herrenhaus am 2. Juni 1905 nicht nur der Vorlage der Regierung, sondern der ganzen Sozialpolitik den Krieg erklärte. Mit welcher Selbstverleugung er, müsse man die ganze Welt der Arbeiterbewegung fultieren. Die sozialreformierenden Gelehrten hätten lediglich Fautenzen und Simulanten hervorgerufen. Jeder Unfall der Arbeiter werde heute auf sorgfältig untersucht. Der Arbeiter freue sich, wenn er bei einem Unfall zeitweilen einen Knack behält. Die Verengung der Arbeitszeit sei unmoralisch, weil sie die angeborene menschliche Freiheit fördert. Als Schrift besenne er sich noch immer zu dem Grundlag: 'Im Schweige dieses Angkists sollst du dein Brot essen.' Die Löhne im Kohlengebiet seien kolossal, die Lebenshaltung der Arbeiter enorm hoch. Wenn der junge Bergarbeiter mit flacker Brust, bleichen Wangen und heißen Augen vor dem Ausbeutungskommissar erscheine und für militärtauglich erklärt würde, so läge das nicht an der Arbeit, sondern an dem Lebenswandel. Und Herr von Bürgsdorff verlangte statt aller sozialpolitischen Humanitätsbuden die Verhängung der Freizügigkeit, damit der Landarbeiter sich nicht von der Scholle ernähren könne. Dieser Herr v. Bürgsdorff war Minister und Führer der Kommission, die das neue Verträge schloß. Schließlich stimmte auch das Herrenhaus der bereits von dem Abgeordnetenhaus vermittelten Vorlage zu, aber es tat das nur widerstrebend und verlangte zugleich als Entschädigung zum Schuß gegen die Fautenzen und Simulanten in einer Resolution ein neues Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse. 'Die königliche Staatsregierung', so lautet der Reichstags, 'solle sobald als möglich und mit allem Nachdruck Maßnahmen ergreifen, welche geeignet sind:

- 1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen;
2. der Aufforderung durch Wort und Schrift zu rechtswidriger Auflösung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten;
3. den Arbeitswilligen denjenigen Schuß zu teil werden zu lassen, auf welelch sie einen berechtigten Anspruch haben.'

Das war der Schuß, den das preussische Junkertum den von seiner Lebensgefährtin bedrohten Gewerkschaften andeuten ließ. Man sollte ihnen selbst die Möglichkeit der Selbsthilfe nehmen, sie sollten mehrfache Lohnklaffen bleiben, die, solange sie lebten, fronden und die von der Qual der Arbeit nur frühes Siedium oder die schlagenden Wetter erleben. Herr v. Bürgsdorff kann triumphieren. 200 Fautenzen und Simulanten hat jetzt weniger, 200 Männer und Jünglinge können sich nicht mehr ihrem wüsten Lebenswandel hingeben....

Die Einführung einer progressiven Einkommensteuer wird durch einen jeden eingebrachten Gelegenheitsfall für den Staat hervorzuheben beabsichtigt. Danach sollen alle Jahreseinkommen unter M. 2000 freier sein. Einkommen von M. 2000—40 000 sollen 1 pZt., von M. 40 000—20 000 2 pZt., von M. 20 000—400 000 10 pZt., von M. 400 000 bis M. 800 000 15 pZt. und alle Einkommen über M. 800 000 20 pZt. Steuern zahlen.

Die Sozialdemokratie hat längst nachgewiesen, daß bei ähnlicher Stellung alle modernen Kulturländer ohne indirekte Steuern und dergleichen die Volksinteressen besser vertreten können, als es unter dem Regime der allgemeinen Schuldenwirtschaft heutzutage der Fall ist. Die Befürworter haben sich stets gegen die Einführung auch nur halbwegs gerechter Einkommensteuern mit Händen und Füßen gestraubt. Wir werden in Amerika das selbe alte Schauspiel erleben.

Die Bewegung der Weltmarktpreise behandelt W. Schippel im „Correspondenzblatt“.

Die deutsche Preispolitik mit ihren Aufwärtsbewegungen haben wir oft genug zur Verdeutlichung des allgemeinen Wirtschaftsganges herangezogen. Nun fallen aber für Deutschland noch spezielle Verteuerungen und Preisveränderungen ins Gewicht, nämlich durch die am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zollhöhen. Als getreue Widerspiegelung der rein wirtschaftlichen Konjunktur kann daher die Preisgestaltung in England gelten, wo die Preispolitik künstliche staatliche Preisbeeinflussungen ausschaltet. Auch hier tritt in der bekannten A. Sauerbeds'schen Preisvergleichung (für 45 Hauptwaren) der fortschreitende Aufschwung des Jahres 1906 klar zu Tage. Setzte sich in den für England weniger günstigen Jahren 1901 bis 1904 noch eine Durchschnitts-Indezziffer von 99/70 ergeben — Sauerbed geht von jeder von dem elfjährigen Preisdurchschnitt von 1887 bis 1897, gleich 100, aus —, so hob sich dieser Durchschnitt 1905 bis auf 72 emp, 1906 bis auf 77. Seit 1883 war eine solche allgemeine Preissteigerung in England nicht mehr erreicht worden. Dabei vollzog sich innerhalb des Jahres 1906 abermals ein stetiges Aufsteigen, so daß der Dezember 1906 (mit 79,7) schon wieder um fast drei Punkte über dem Jahresdurchschnitt, um 4 1/2 Punkte über dem Januar 1906, steht. Das reichste Emporsteigen erfuhr die Gruppe Metalle und Mineralien, im Gruppenschnitt um 17 pSt. Gegen den Jahresanfang stieg g. V. bis zum Jahresende: Cleveland-Eisen von 51 auf 62 Schilling pro Tonne, Hämatit-eisen von 72 auf 80 Schilling — Stahlschrott von 79 1/2 auf 84 Schilling pro Tonne auf 107 1/2 Schilling, was den seit 1872 beobachteten höchsten Kupferpreis darstellt — Zinn von 161 Pfund Sterling auf 193 1/2 Pfund Sterling — aber mit dem überhaupt unerhörten Zwischenpreis von 215 Pfund Sterling im Mai — Blei von 17 1/2 Pfund Sterling pro Tonne auf 20 1/2 Pfund Sterling — Hausbrandkohle von 16 1/2 Schilling auf 19 1/2 Schilling, Newcastle Dampfkohle von 9 1/2 Schilling auf 12 1/2 Schilling, Walliser Schieferkohle von 12 1/2 auf 16 1/2 Schilling. Von den „anderen Materialen“ (die neben den weiteren Gruppen Textilien, pflanzliche und tierische Rohstoffe aufgeführt werden) genannten besonders Gante, Leder, Fatg, Palmöl, Salpeter und Holz im Preisstand, während der Petroleumpreis sich gegen das Vorjahr etwas abschwächte. Von den Textilrohstoffen haben sich im letzten Jahre besonders Seide und Jute rasch verteuert, Flachs, Hanf und Wolle in langsamerem Schritte, während die Baumwolle am Jahresabschluß 1906 infolge der reichen Ernte billiger zu haben war (5,80 Pence) wie am Jahresabschluß 1905 (6,24 Pence).

Auch das Schlussurteil Sauerbeds über die Wirtschaftsentwicklung Englands und aller hervorragenderen Kulturstaaten im Jahre 1906 verdient Erwähnung. Das Jahr 1906 setzte nach Sauerbed den Aufstieg des Jahres 1905 fort, nur noch lebendiger und allumfassender. „Wohin wir blicken, ob nach europäischen Ländern — selbst das tiefverschüttete Rußland nicht ganz ausgenommen — ob nach Amerika im Norden wie im Süden, ob nach Indien und dem fernen Osten, oder nach Australien, so stehen wir auf die Kennzeichen eines rapiden Vormarschreitens und einer zum Teil enormen Prosperität. In England wird man, obwohl manche Produktionszweige schwer mit der Rohstoffverwertung zu kämpfen hatten, kaum irgend welche bedeutendere Industrie mit unbefriedigendem Ergebnis entdecken; die Baumwollgewerbe, salischen glänzend ab, die Schiffswerften lieferten eine größere Tonnage wie je zuvor, die Eisen- und Maschinenbauabzweigen, die Rollindustrien können alleamt zufrieden sein. Der Außenhandel (Englands) überholte abermals die drei vorangegangenen Rekordjahre um weitere 96 Millionen Pfund Sterling, zum Teil allerdings infolge höherer Preise für die Warenainheit, und erreichte eine Gesamtziffer (Ein- und Ausfuhr zusammen gerechnet) von 1008 Millionen Pfund Sterling, ausschließlich der 124 Millionen Pfund Sterling in Edelmetallbarren und Münze. In Deutschland weitete sich die industrielle Tätigkeit fast aus. In den Vereinigten Staaten trat keinerlei Abkühlung des schattenlosen Geschäftsgediehens und des allgemeinen Aufstieges ein. Die Kornrenten waren, mit Ausnahme Rußlands, in den meisten Ländern auch, in den Vereinigten Staaten sogar größer denn je. Die amerikanische Baumwollrente ist sehr beträchtlich, die Wollezeugung steigert sich allmählich. Die Eisenzeugung ist größer als jemals; in den Vereinigten Staaten überschreitet sie 24 Millionen Tonnen, in Deutschland 12, in England 9 Millionen Tonnen.“ Auch Sauerbed sieht den Höhepunkt des Aufstieges und den Beginn des Wiederabwärtsreitens noch immer fern.

Tuberkulose und Sozialpolitik. Der berühmte Forscher Professor V e r r i n g hat sich kürzlich in einem Vortrage, den er in Stuttgart hielt, über die Möglichkeit einer wirksameren Bekämpfung des größten Übels unserer Zeit, der Tuberkulose, ausgesprochen. Außer den medizinischen, sachmännlichen Ausführungen, denen wir natürlich nicht zu folgen vermögen, sind besonders die Partien seines Vortrages von Interesse, die sich auf das sozial-hygienische und sanitätspolizeiliche Gebiet beziehen.

Wohing will einen großen Feldzug gegen die Tuberkulose organisieren. Er will den gefährlichsten Gegner so gut wie nicht erst ins Land einbringen lassen, sondern ihn den Eingang verlegen. Dabei kommt er zu Ermahnungen und zu Vorschlägen, die in letzter Linie nicht sowohl sachärztlicher, als vielmehr sozialpolitischer Natur sind. Die Tuberkulose ist nämlich ganz unbedingt eine Wohngekranktheit. Das heißt: wenn alle übrigen individuellen Umstände, wie Disposition und bestimmte sonstige Krankheitsursachen, auch irgendwelche Krankheitsreize vorhanden sind, trägt eine durch irgendwelche besondere Verhältnisse

ungefunden gewordene Wohnung sehr viel zur Verbreitung, zur Entwicklung von allerhand Erkankungen bei, die ihrerseits dann den Ausbruch der Tuberkulose zu befördern, vorbereitende tuberkulöse Erkankungen zu verschlimmern vermögen. Hier also gilt es die Hebel anzusetzen, um wirksame Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Diese sollen in doppelter Richtung eingreifen. Einmal kann sehr zweckmäßig sein, die jugendlichen Individuen von vornherein unter günstiger allgemeiner Lebensbedingung zu bringen, indem man zweckmäßig eingerichtete Heimstätten an geeigneten Stellen begründet. Sodann aber, und das dürfte mindestens ebenso wichtig sein, sollte man jene ungefunden Wohnstätten, soviel es nur irgend angeht und so rasch wie möglich, in gesunde umwandeln. Das kann auf mannigfache Art geschehen, und zwar entweder durch Entvölkerung der übermäßig dicht mit Menschen erfüllten Räume oder durch Beseitigung ungewöhnlicher Wohnungsanlagen, oder durch eine Vereinfachung beider Methoden. Man soll unter Umständen auch nicht vor der gründlichen Umgestaltung ganzer ungefunder und schließlich verfallener Häuserquartale zurückschrecken. Die Bekämpfung der Tuberkulose auf diesem hygienisch-technischen Untergrunde wird somit ganz direkt zu einer rein ökonomischen Frage. Wie für den Krieg gegen den äußeren Feind, so ist auch für den Krieg gegen den inneren Volksfeind, nämlich gegen die Tuberkulose, Geld, Geld und nochmals Geld unbedingt erforderlich. Zur Beschaffung dieser allerdings enormen Geldmittel müssen Staat, Provinzen, Gemeinden, Vereine und vor allem die großen Landesversicherungsanstalten methodisch zusammenwirken.

Man hat bisher in Deutschland ungeheure Summen auf die Errichtung von Lungenschutzstätten aller Art verwendet. Ob die erzielten Erfolge im Verhältnis zu den angewandten Kräften stehen, soll hier nicht weiter erörtert werden. Wohlweislich ist die Zeit des Betriebes dieser Lungenschutzstätten noch zu kurz, um schon statistisch genügend gelichtete Schlüsse aus ihren Veröffentlichungen ziehen zu können. Aber schon regen sich hier und da ernste Bedenken, ob man in der bisherigen Weise mit der Heilwirkung derartiger ungemüßlicher Sanatorien, resp. Verpflegungsanstalten fortfahren, oder ob man nicht viel lieber andere Wege in dem Kampfe gegen die Tuberkulose einschlagen solle. In richtiger Konsequenz der bisherigen Voraussetzungen, die sich in diesem Falle mit den allgemein hygienischen vollkommen decken, scheint in der methodisch vorgenommene Vereinfachung der schlechten Wohnverhältnisse, sowie in der Beschaffung hygienisch einwandfreier Beschaffungen ein sehr wirksames Mittel in dem Kampfe gegen die Tuberkulose angedeutet zu sein. Allerdings nur eines unter vielen. Denn außer einer gefunden und einer einigermaßen geräumigen Wohnung gehört auch eine gesunde und auskömmliche, den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende, also durch keinerlei einseitige Interessenbegünstigung künstlich verteuerte Volksernährung, sowie endlich eine den hygienischen Anforderungen gemäße allgemeine Lebensweise unbedingt mit zu den bei dem Kampfe gegen die Tuberkulose in Rechnung zu setzenden Faktoren.

Es gilt somit, wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht hervorhebt, die Bestrebungen auf Verengung der Wohnungswirtschaft in den mittleren und unteren Volksschichten mit aller Energie zu fördern. Es ist unergleichlich wichtiger, nützlicher, weil sicherer Erfolg versprechend, das einseitige Wohnungswesen durch consequente durchgeführte Verengungswirtschaftsmaßnahmen zu beseitigen oder wenigstens zu lindern, anstatt immer neue und immer prunkvollere Lungenheilstätten, Lungentränkenheilstätten, Nebennierenentzerrungen und ähnliche Anstalten ins Leben zu rufen. Man müßte sich nicht, wie man möchte um alles in der Welt sein Weibchen gegen diese zum Teil vortrefflichen Anstalten erregen. Aber in dem Kampfe gegen die Tuberkulose scheint man ihnen eine allzu große Rolle zugewiesen zu haben. Und darüber hat man vielfach die Wichtigkeit der Wohnungsfrage bei der Bewertung in dem Kampfe gegen die Tuberkulose zurückgestellt. Wenn der Vorkämpfer Vortrag nur die eine Wirkung haben sollte, die allgemeine Aufmerksamkeit von neuem auf die Wichtigkeit der Wohnungsfrage in dem Kampfe gegen die Tuberkulose hingelenkt zu haben, so wäre das schon allein ein großer Gewinn für die Förderung der guten Sache.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Maurer:**
 - Schleswig-Holstein:
 - Weserland a. Byll (Differenzen), Reimbek (Aussperrung);
 - Mecklenburg:
 - Klitz (Aussperrung);
 - Pommern:
 - Bansin (Sperrung über Berger);
 - Königr. Sachsen:
 - Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Hessel, Göhlis, Lothringer- und Pariserstrasse, M. Steyskal und Seifert in Mückorn, Sohrstrasse, Heine, Millitzer, Stötteritz, Schwarzackerstrasse), Röttha (Sperrung über O. Bötcher), Oderwitz (Sperrung über Krasing), Chemnitz (Sperrung über den Neubau des Albert-Museums), Riesa (Sperrung über den Bau Roch in Zeithain);
 - Thüringen:
 - Allstedt (Sperrung über das Kaliwerk Heigendorf);
 - Provinz Sachsen:
 - Naumburg a. d. S. (Sperrung über Emil Müller, Kanonierstrasse);

Westfalen: Wase (Sperrung über den Zwischenunternehmer G. Siebert), Bochum (Sperrung über das Stahlwerk in Weitmar).

Oesterreich-Ungarn:

Teplitz (Streik); Budapest (Aussperrung).

Maurer Berlins, aufpassen!

Folgendes Schreiben ist neulich allen Bauunternehmern Berlins und wahrscheinlich auch der Vororte zugegangen:

Telephon: Amt 7, Nr. 4732. Bureau: Lindenstr. 10. Berlin, den 26. Januar 1907. 9-1 Uhr Vorm., 5-8 Uhr Nachm.

Sehr geehrter Herr!

Um den vielfachen Wünschen unserer Verbandsmitglieder gerecht zu werden, erlauben wir uns, Ew. Wohlgebornen nachfolgende Bitte vorzutragen. Seit ungefähr zwei Jahren besteht im Verbands der katholischen Arbeitervereine ein Arbeitsnachweis für sämtliche Berufsgruppen. Für die Bauhandwerker: Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter usw., konnte bislang die Arbeitsvermittlung nicht so erfolgreich betrieben werden, weil die „freien“ Gewerkschaften auf unsere katholischen Arbeiter einen Zugang ausübten, sich dem sozialdemokratischen Maurererbände anschließen und dessen Nachweis zu benutzen. In mehreren Fällen haben auch die Herren Bolker sich durch diese Organisation beeinflussen und einschüchtern lassen, indem sie die von unserem Verbands gebildeten Arbeiter solange nicht annehmen, bis sie das Quittungsbuch der „Freien Gewerkschaft“ vorzeigen konnten.

Damit nun aber in Zukunft unser Verbandsmitglieder von diesen Vereinstätigkeiten befreit bleiben, bitten wir Sie, geehrter Herr, unsere Verträge in dieser Hinsicht durch Benutzung unseres Arbeitsnachweises vollständig zu unterstützen. Näheres können aus allen Gegenden Deutschlands unsere Verbandsmitglieder zu Lausden nach Berlin, um im Baugewerbe zu arbeiten. Wenn wir schon jetzt vor Beginn der Saison Nachhilfe erhalten könnten, wobei Arbeiter Sie von unserem Arbeitsnachweis annehmen geneigt wären, so wäre es uns gewiß möglich, ganze Bauten durch unsere Leute zu belegen. Wir hoffen deshalb auch von Ihnen, geehrter Herr, eine zugehörige Antwort zu erhalten und sagen im voraus besten Dank dafür.

Der größte Hochachtung

Verband der katholischen Arbeitervereine

(Stempel) (Sitz Berlin),

Berlin O. 25, Kaltrierstr. 87.

Arbeitsnachweis.

J. A. S. o. h. Müller.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir genau vor Jahresfrist eine Ähnliche Schreiben der sehr ehrenwerten Fachabteilungschriften veröffentlichten konnten, das dieselbe Mauerer in Westfalen einleitete. Also auch damals handelte es sich um einen großen Ort, für den eine Wohnbewegung bevorstand. In es da laß, wenn man annimmt, daß es sich um die Beförderung von Streikbrechern handelt?

Bau Hamburg. In Bornhöved haben die Unternehmer mit unserem Zweigvereinsvorstand über die eingeleitete Lohnforderung verhandelt. Als Resultat dieser Verhandlung ist zu verzeichnen, daß für den Lohnbezirk Bornhöved vom 1. März d. J. ab der Stundenlohn von 45 s auf 48 s erhöht wird. Für das nächste Jahr 1908 soll eine weitere Lohnhöhung bis auf 50 s pro Stunde eintreten. Im Lohnbezirk Wandsbek a. d. E. wird der Lohn von 48 s auf 50 s pro Stunde erhöht. Weiter wurde vereinbart, daß bei Öfen- und Kleinarbeit 6 s und für Pflaster- und Sonntagsarbeit 10 s pro Stunde Lohnzuschlag gezahlt werden soll. Endlich verpflichteten sich die Unternehmer, an jedem Bau eine gute Baubude und einen Abort zu errichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ergebend daß laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfühlung auszusagen ist.

Unterfühlungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 27. Januar bis 2. Februar 1907, für folgende Mitglieder erteilt: Wilhelm Wehden-Thorn (Frau), Verbands-Nr. 181 268; Johann Dühnsch-Gredewitz, 74 687; Carl Rudolph-Evanda (Frau), 101 658; Josef Sänger-Stralburg (Frau), 264 010; Wilhelm Engel-Mannheim (Frau), 261 768; Josef Kern-Kattowitz (Frau), 638-8; Albert Kühn-Neuburg-Wolsmirebitz (Frau), 108 525; Aug Runge-Scyda (Frau), 100 829; Josef Schager-München, 153 306; Fritz Engländer-München, 240 580; Wilhelm Häbhaus-Neuburg, 96 014; Louis Friedrich-Wollenbüttel, 108 889; Hermann Rude-Walle a. d. E., 24 605; Albert Wunderlich-Strausitz, 81 908; Carl Dänkel-Mühlendeb, 87 725; Wilhelm Stempel-Neubamm (Frau), 89 648; Paul Gürgen-Budow (Frau), 67 264; Josef Supp-Driesbaden (Frau), 48 445; Paul Strabel-Berlin, 6058; Georg Löring-Hamm I. B. (Frau), 65 909; Lorenz Bauer-Posen, 246 541; Carl Müller-Cöln (Frau), 60 784; C. Hammer-Bitterfeld, 54 273; J. Plethen-Berg-Lauenburg, 115 949; August Scholz-Berlin, 89 283; Theodor Winter-München, 263 201; Johann Schöbeler-München, 88 173; Josef Müller-München, 263 073; Franz Weiß-Mannheim, 189 178; Gottlieb Gripp-Damburg, 28 019.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Bleichenberghof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Berlin und Umgegend A. 81 079,02, Halle a. d. S. 450, 96, ...

b) Für Kalender.

Bodenau M. 12,50, Eiserwerda 2,50, Erlangen 9, ...

c) Ein Wahlwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Cassel M. 10, Taucha 2,50, Füssen 1, Eggeln 2.

d) Für Arbeit und Kultur.

Cassel M. 15, Eggeln 1,50.

f) Bericht der Bauarbeiterkommission 1905.

Minden i. W. M. 1,40, Eggeln - 75, Sommerfeld, Bodenau, ...

g) Tarifverträge und Statistik.

Calaun, Reichelshagen, Weisenfels, Schmirn i. Medl., ...

h) Protokolle.

1) „Geschichte der englischen Arbeit“.

Moss am Sand und Minden i. W. je M. 10.

Vom Vorstandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingelaufen haben.

Mit verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilh. Harter-Hofhof (Ber. Nr. 97 527), ...

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein ...

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein ...

Quittung.

Aus Zweigvereinen sind folgende Beträge bei der unterzeichneten Expedition eingegangen:

Januar: Leisnig - 45, Birna A. - 45, Alt-Damm 1,20, ...

Die Expedition des „Grundstein“.

Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

Gau Hamburg.

Im Einverständnis mit dem Vorstandsvorstand wird für den Gau Hamburg Sonntag, den 24. April d. J., ...

Die Delegierten haben sich um 10 Uhr Vormittags im Gewerkschaftshaus, ...

Nach § 8 d Abs. 1 f der Zweigverein verpflichtet, der Gau zu beschicken.

Die Wahl der Delegierten ist nach den Bestimmungen der §§ 6 und 7 des Regulativs für den Gau Hamburg vorzunehmen.

Der Vorstand. J. A.: Hugo Rober, Vorsitzender.

Gau Frankfurt a. Main.

Im Einverständnis mit dem Vorstandsvorstand findet die dritte Konferenz für den Gau Frankfurt a. Main am Sonntag, den 10. März, ...

Die Tagesordnung wird vorläufig wie folgt festgesetzt: 1. Bericht des Vorstandes, ...

Wir bitten die Zweigvereine und Zahlstellen, zur Konferenz Stellung zu nehmen.

Für die Wahl der Delegierten in Zweigvereinen und Zahlstellen ist folgende Bestimmung des Regulativs maßgebend:

Die Zahl der Delegierten der Zweigvereine auf den Konferenzen richtet sich nach der Mitgliederzahl und beträgt bis 100 Mitglieder einen, ...

Der Vorstand Frankfurt a. M.

J. A.: H. Hüttmann.

Jahresberichte der Gewerkschaften.

Gau München.

Das Jahr 1906 war für unseren Gau ein recht bewegtes. Hatte sich in früheren Jahren die Tätigkeit des Vorstandes hauptsächlich auf die Agitation zu beschränken, ...

Außerdem mußten in München mehrere Sperren verhängt werden, um die im Jahre 1904 und 1905 erlängten Vorteile auch aufrecht zu erhalten zu können.

Die Unternehmer in Reichenhall hielten sich nicht an den Tarif, der mit ihrer 1905 vereinbart wurde.

Manch herbe Worte von Seiten der Kollegen, auch auf der Konferenz in München, mußte der Vorstand mit in den Kauf nehmen.

Die Arbeiter in Reichenhall hielten sich nicht an den Tarif, der mit ihrer 1905 vereinbart wurde.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

Die Streikenden erklärten sich mit ihnen solidarisch, und so wurden am 18. April neue Tarife vereinbart.

Im den 11. April wurde die Forderung eingereicht und bereits am 6. April die Arbeit niedergelegt.

meistens Leute, die sich selbst vom Märlsträger zum Weispüber umgetauft haben.

Vorsichtig gemacht durch die Vorgänge in Regensburg, dort hatten nämlich auch die Weispüber als Streikbrecher gearbeitet.

Die Vereinbarungen wurden protokolliert und gegenseitig eigenhändig unterschrieben.

Nach mehreren Wochen kam ein Vertreter ihres Zentralvorstandes nach Augsburg und referierte in einer Versammlung.

Es handelte sich um folgendes: Die Innenspurarbeit wird in Augsburg von jeher von den Maurern ausgeführt.

Diese Gelegenheit wollten nun die Weispüber nicht unbenutzt vorübergehen lassen, um diese Arbeit an sich zu reißen.

Während ein schändliches Vorgehen! Durch diesen Verrat wurde auch ein Teil der Maurer nutzlos gemacht.

Am 14. Oktober wurde der Streik aufgehoben, um ein Weispübern der Kollegen zu verhindern und für die Zukunft wieder gerüstet zu sein.

Aber auch die Unternehmer Augsburgs, bekanntlich das prächtigste Unternehmertum in ganz Deutschland, wird sich einen zweiten solchen „Sieg“ nicht mehr wünschen.

Es fest die Tatsache steht, daß manche dieser Schatzmacher und Oberleitner schon während und nach dem Streik an der „Wappelfucht“ (Besuch des Gerichtsvollziehers) litten.

Die Zukunft der Augsburger Kollegen liegt in ihren Händen selbst.

In Schrobenehausen reichten die Kollegen ohne Wissen des Vorstandes die Forderung ein.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen; hoffentlich werden sie auch nicht ermüdet, das Ertrugene hochzuhalten.

arbeiten drei als Streikbrecher, einer wurde zu gewissen Zwecken konvertiert. Mit diesem einzigen ging nun der kritische Vertreter von Unternehmern zu Unternehmern, um hinter dem Rücken der 250 Streikenden einen Vertrag abzuschließen. Zu seinem größten Bedauern gingen die Unternehmern nicht darauf ein. Mehr Worte über diese Vorkommnisse zu verlieren, halte ich für überflüssig.

Neben den Lohnbewegungen mußte selbstverständlich auch die Agitation in der notwendigen Weise betrieben werden. In überwiegend ländlichen Gegenden, die in Südbahnen vorwiegend sind, ist die Agitation schwer zu betreiben, und oftmals ist es sehr schwer, einen Anhaltspunkt zu finden. Am schwierigsten ist es gewöhnlich, die passenden Kollegen für die Leitung der Versammlungen zu finden. Da der Gewerkschaftsverband während der Sommermonate größtenteils mit der Leitung der Lohnbewegungen und Streiks beschäftigt war, wurde mit Zustimmung des Verbandsvorstandes Kollege Stadler beauftragt, einige Wochen außer Arbeit zu bleiben, um Agitationsreisen zu machen. Auch Kollege Schuster hielt in Niederbayeren mehrere Versammlungen und Besprechungen ab. In den Sommermonaten waren meistens die übrigen Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes und auch andere Kollegen in der Agitation tätig. Auch ein italienischer Kollege betrieb 14 Tage Agitation. Der Gewerkschaftsverband betrieb 221 Agitations- und Mitgliederversammlungen und in 68 Sitzungen und Besprechungen, nicht mitgerechnet die Sitzungen und Versammlungen, betreffend Lohnbewegungen und Streiks. Außerdem wurden in der Zeit vom 7. bis 22. Oktober auf einer Agitationsreise vom Kollegen Schwarz aus Danzig in 17 Zweigvereinen Referate gehalten.

Regelmäßige Sitzungen des Gewerkschaftsverbandes fanden im Berichtsjahre 18 statt. Außerdem wurde gelegentlich der Sitzungen im Zweigverein München manches besprochen und geregelt. Einläufe sind laut Postbuch zu verzeichnen: 443 Briefe, 209 Postkarten, 36 Telegramme, 50 Postanweisungen, 24 Patente und 81 Drucksachen, Summa: 853. Ausläufe: 412 Briefe, 303 Postkarten, 155 Telegramme, 28 Postanweisungen, 51 Patente und 199 Drucksachen, Summa: 1108.

Der Jahresbericht für 1905 und der Bericht über die Aussperrung in München wurde broschüriert und in 2000 Exemplaren unentgeltlich an die Zweigvereine abgegeben. Das vom Verbandsvorstande herausgegebene Flugblatt wurde in mehreren tausend Exemplaren verteilt. Außerdem wurden zehn Rundschreiben an die Zweigvereine verteilt. Die Opfer, die im Dienste der Allgemeinheit gebracht werden mußten, waren aber nicht vergeblich.

Nachstehend ein Bild über die Entwicklung der Organisation:

Zweigvereine	Mitgliederzahl im 3. Quartal			
	1903	1904	1905	1906
München	1100	2479	2843	3425
Augsburg	84	214	609	600
Ingolstadt	21	25	60	103
Reichenhall	17	99	168	56
Rosenheim	15	150	135	84
Verchtesgaden	12	15	67	58
Sandshut	6	32	115	161
Paffau	—	56	168	127
Schliersee	—	15	38	60
Sandberg a. L.	—	26	60	51
Straubing	—	40	54	185
Wessertal	—	11	10	8
Prien	—	—	50	8
Freising	—	—	60	100
Bruck b. M.	—	—	41	116
Lös	—	—	26	80
Mühlhof	—	—	50	67
Fraunstein	—	—	43	88
Marfischchen	—	—	40	54
Kaufbeuren	—	—	18	75
Keupfen	—	—	134	128
Memmingen	—	—	22	102
Einbau	—	—	6	28
Wasserburg	—	—	26	28
Niedsch	—	—	—	44
Dießen	—	—	—	53
Planting	—	—	—	31
Mitschhof	—	—	—	20
Rainburg	—	—	—	28
Ranfau	—	—	—	65
Füssen	—	—	—	15
Garmisch	—	—	—	24
Simbach a. S.	—	—	—	73
Mittling	—	—	—	50
Erbling	—	—	—	39
Sibiling	—	—	—	26
Summa	1237	3162	4815	6058

Im vierten Quartal 1906 wurden zwei weitere Zweigvereine gegründet, nämlich Neuburg a. d. D. und Pöfchalmünster, so daß die Zahl der Zweigvereine gegenwärtig 38 beträgt. Einzelne Zweigvereine weisen einen erheblichen Rückgang der Mitgliederzahl auf. Diesem nicht hauptächlich davon her, daß sich aus bisherigen Zahlstellen eigene Zweigvereine bildeten, oder daß sich organisierte Bauhülfsarbeiter dem eigenen Verbandsapparat angeschlossen. Auch mit dem inneren Ausbau der Organisation ist es gut vorwärts gegangen. Nur in einigen Zweigvereinen, wo der nötige Eifer und die notwendige Energie fehlten, bleibt noch viel zu wünschen übrig. Die Revisionen werden dort nur auf dem Papier, die übrige Verwaltung kümmert sich ebenfalls sehr wenig um die Kassengeschäfte, so daß die Quartalsabrechnungen regelmäßig vom Gewerkschaftsverband selbst gemacht werden müssen. Die Kontrollkarte, die wir alljährlich an die Mitglieder ausgeben, bewährt sich sehr gut. Allerdings kann auch nur dort eine richtige Führung erzielt werden, wo das Bundelegiertenmitem richtig ausgebildet ist, was leider nicht von allen Zweigvereinen behauptet werden kann.

Aus vorstehendem Berichte ist zu ersehen, daß im allgemeinen ein großer Fortschritt zu verzeichnen ist, manches aber noch verbesserungsbedürftig ist. Das Jahr 1907 wird

wie in der Agitation, als auch in der Lohnbewegung wieder große Anstrengungen an uns stellen, um unserer Aufgabe gerecht zu werden; das Erringene aufrecht zu erhalten und uns neue Erfolge zu sichern.

Zu nächsterher Vorrechnung ist folgendes zu bemerken: Die Ausgaben im Berichtsjahre sind gegenüber den Vorjahren bedeutend gestiegen. Es kommen jedoch ausnahmsweise verschiedene einmalige Ausgaben in Betracht. Bericht über die Aussperrung 1905 M 250, Kontrollkarten für 1907 (bereits bezahlt) M 76, Radzahlung von Gehalt für 1905 M 100, Bureaueinrichtung M 94,58, Baukosten M 127,37, für Streiks verausgabt im dritten Quartal M 397,20; Summa M 1095,93. Der Posten mit M 397,20 konnte als Ausgabe der Gewerkschaft erst im ersten Quartal 1907 verbucht werden, da die Rechnung zu spät einlief. Schreibmaterial wurde im großen angekauft, so daß für 1907 noch ein größerer Vorrat vorhanden ist. Außerdem ist die Ausgabe für Agitation größer, da, wie im Bericht bereits erwähnt, im verfloßenen Jahre verschiedene andere Kollegen mit zur Agitation herangezogen werden mußten, was in früheren Jahren nicht der Fall war.

Die Abrechnung der Gewerkschaft gestaltet sich so:

Einnahme	
Kassenbestand von 1905	M 481,78
Beiträge nach § 8 c des Statuts	2998,07
Zuluz der Hauptkasse	2474,76
Anlagen für Streiks zurück	1563,60
Beiträge der Zweigvereine	1026,50
Kontrollkarten	75,80
Tafel und Sonstiges	73,55
Kassafasse (Wurau)	10,20
Summa	M 8614,36

Ausgabe	
Beamtengehalt	M 2040,—
Ratkräftig von 1905	160,—
Eingetragener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	728,82
Diaten	2496,80
Fahrtgeld	1388,70
Trucksachen, Proklaren, Kontrollkarten	522,55
Porto- und Schreibmaterial	230,15
Bureauinrichtung	127,55
Verwaltung	84,89
Miete, Heizung und Licht	71,22
Versicherung, Sitzungsgelder und Sonstiges	202,90
Summa	M 8052,88

Bilanz	
Einnahme	M 8614,36
Ausgabe	8 52,88
Kassenbestand	M 561,48

Der Gewerkschaft. J. A. F. Hartl.
 Revisionen:
 R. Mayer, Fr. Fent, J. Birnhammer.

Gau Dresden.

Die Bautätigkeit war in Dresden und Umgegend noch schlechter als in den Jahren vorher. Ende der neunziger Jahre wurden in Stadt Dresden sechs 800 bis 3700 Maurer gegahlt, 1905 noch 2500 und 1906 nur 1250. Auch 1907 wird es nicht viel anders werden. Der Rathausneubau, auf dem 1906 im Durchschnitt 120 Maurer beschäftigt wurden, wird 1907 dieselbe Zahl bedürfen. In der Augusthälfte werden nicht soviel beschäftigt werden können als im Standehaus beschäftigt waren. Der Schlauchhausneubau, der allmählich angefangen wird, wird ebenfalls nur 100 Maurern Beschäftigung bieten. Dafür fallen andere öffentliche Bauten weg. Die Privatbauwirtschaft wird auch 1907 ziemlich lahm liegen, weil immer noch 6 1/2 pSt. Wohnungen leer stehen und zum Unglück der Zinsfuß enorm hoch ist.

Ebenso schlecht war die Bautätigkeit in Riesa, Bischofswerda, Altendberg und Dippoldiswalde; in Meißen, Großenhain, Neutirch, Schirpswalde, Pirna, Habeburg, Pulsnitz, Kamenz, Großschönberg war sie dagegen ziemlich gut und in Freiberg, Sebnitz und Neustadt außerordentlich gut. Auch für 1907 wird dies annähernd zutreffen.

Die Lohnbewegung gestaltete sich infolge der Lebensmittelerhöhung äußerst lebhaft. In Großenhain gingen unsere Kollegen schon im März zum Angriff vor. Die zehntägige Arbeitszeit und 3 Lohnerböhung war der Preis. Ebenso kam es in Habeburg. In der Amtshauptmannschaft Pirna lief der Vertrag ab. In Schandau kam es diesfalls am 2. April zum Streik, der die Aussperrung aller Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter des ganzen Bezirks zur Folge hatte. Nach neunwöchigem Kampf wurden auf zwei Jahre zusammen 5 bis 6 1/2 Lohnerböhung bewilligt, und die Arbeitszeit in Neustadt und Stolpen von 11 auf 10 und in Rügeln von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt. Im Bezirk Riesa kam es zur Aussperrung, weil unsere Kollegen ohne Vertrag arbeiten wollten. Nach fünfzig tägiger Aussperrung wurden für drei Jahre 4 1/2 Lohnerböhung und ein Vertrag vereinbart. In Roffen wurden unsere Kollegen ausgesperrt, weil die Maurer in Döbeln streikten. Auch hier mußten die Unternehmer 4 1/2 Lohn für zwei Jahre zulassen. In Freiberg kam es zum Streik, um die zehntägige Arbeitszeit durchzusetzen. Die Kollegen waren sich aber nicht einig, so daß die zehntägige Arbeitszeit noch nicht endgültig erzwungen wurde, sondern nur eine Lohnerböhung von 2 bis 7 1/2 erfolgte. In Großschönberg wurde nach neunzehntägigem Kampfe die zehntägige Arbeitszeit und 5 1/2 Lohnerböhung erzwungen. In Pulsnitz und nahmen die Kollegen die Arbeit auf, nachdem ihnen 2 1/2 Lohnerböhung geboten worden war. In Pulsnitz lief ein Teil unserer Kollegen ohne Rejunkt wieder an die Arbeit; wir mußten den Streik daher beendigen, ohne etwas erreicht zu haben. In Meißen kam es noch im Oktober zum Streik. Nach fünfwöchigem Kampf mußten die Unternehmer 4 1/2 zulassen, so daß in diesem Jahre 6 1/2 Lohnerböhung durchgesetzt werden ist. In Habeburg wurde der Vertrag verlängert und 2 1/2 ausbezahlt. In Neutirch und

Schirpswalde legten die Unternehmer nach längerem Hin- und Herreden 4 1/2 Lohn zu. Außer in den Bezirken Bischofswerda, Schandau und Riesa war überall eine Lohnerböhung erfolgt. Die Kosten der Streiks und Aussperrungen belaufen sich insgesamt auf M 69 623,40. Davon mußte die Hauptkasse M 63 054,44 und die Kassafassen M 6593,96 tragen. Wetteit haben resp. ausgeperrt waren 1791 Kollegen.

Wenn unsere Kollegen in den kleinen Städten oder auf dem Lande einmal etwas von dem Hauptvorstande verlangt wird, dann ist das erste Wort gleich: „Ja, das Geld ist ja nur für die Großstädte da, wir vom Lande sind nur gut zum Bezahlen.“ Diesen Vorwurf will ich durch nachstehende Zahlen nur widerlegen, nicht etwa widerlegen erheben. In nachstehenden Summen sind die abgezählten Gelder für Beiträge und Streiklohn an die Hauptkasse und die direkt von der Hauptkasse erhaltenen Gelder und der „Grundstein“ pro Jahr und Mitglied M 1 gerechnet enthalten. Für die Jahre 1896 bis mit 1906, also elf Jahre:

Mitgliedschaft	Nach Hamburg gelangt	Von Hamburg erhalten	Mehr erhalten als gezahlt	Mehr erhalten als gezahlt
Dresden	293991,15	90128,41	203862,74	—
Freiberg	4621,44	8389,—	—	3747,56
Großenhain	4290,25	7139,97	—	2919,62
Meißen	17062,56	17711,00	—	648,74
Pirna	16349,89	21836,70	—	5486,81
Riesa	11052,73	4860,98	6191,45	—
Sebnitz	6131,82	10527,42	—	4395,60
Summa	353430,14	160568,98	210509,49	17198,33

Zu den erhofften Geldern kommen noch die Ausgaben der Hauptkassa für die Generalkommission, Zentralkommission für Bauarbeiterdurst, Flugblätter usw., Verwaltung der Hauptkassa, Verbandstage usw., zu denen pro Mitglied rund M 1 pro Jahr fallen. Der „Grundstein“ kostet mehr als M 1 pro Jahr pro Mitglied. Für Dresden wurden noch rund M 80 000 vom Ueberflusse für obige Zwecke abgezogen, für Riesa circa M 2000 und die anderen Zahlstellen können sich es selbst ausrechnen, um wieviel sich ihr Schuldbestand bei der Hauptkassa erhöht.

Die Agitation ist in diesem Jahre etwas vernachlässigt worden. Im Bezirk Schandau, Frauenstein, Freiberg, Kamenz und Bischofswerda kamen wir infolge der Streiks erst zum Herbst dazu, und dann konnte infolge der vorgehenden Jahreszeit nicht mehr viel erreicht werden. Im Bezirk Neutirch-Schirpswalde und Großenhain, wo wir gleich im Frühjahr lebhaft mit der Agitation begannen, haben wir hübsche Erfolge erzielt. In Großenhain haben wir 120 Mitglieder, in Neutirch-Schirpswalde sogar um 140 Mitglieder gewonnen. In Dresden und einigen anderen Bezirken ist die Mitgliederzahl infolge der geringeren Bautätigkeit, also durch Abzug etwas zurückgegangen. Folgende Tabelle mag einen besseren Ueberblick geben.

Mitgliedschaft	Erweiterte Mitgliederzahl	Zahl der Mitglieder		Jahresdurchschnitt (pro Mitglied 61. bis 1906)		Kassenbestand am 31.12.1906
		3. Quart. 1905	3. Quart. 1906	1905	1906	
Dresden	217149	5628	6791	5386	5471	78225,47
Roffen	1705	—	—	—	(189)	77,33
Freiberg	7602	231	280	178	191	640,80
Großenhain	7829	82	205	73	196	679,85
Meißen	19043	520	507	536	477	8057,50
Pirna	18536	470	508	482	463	2165,89
Riesa	14698	891	402	372	367	618,45
Sebnitz	9307	285	225	225	293	562,07
Summa	295914	7602	7868	7202	7398	80924,36

Seit 1. Oktober 1906 von Dresden abgetrennt. 161 Mitglieder überzogen erhalten und am Jahresabschluss 201.

Den Zahlstellen Meißen und Pirna hätte es nicht passieren dürfen, daß sich ihre Mitgliederzahl verringerte. Trotzdem, daß beiden Zahlstellen ein guter Kassenbestand zur Verfügung steht, wurde das Geld für Agitation gesucht oder es fanden sich hierzu keine Kollegen. Nach allem, was ich von den beiden Bezirken erhalte, ist es nicht viel besser; doch muß man diesen zu gute rechnen, daß ihnen noch die Kräfte fehlen. Man rechnet nicht, daß bei einer höheren Mitgliederzahl auch für die Kassafasse höhere Einnahmen heraussprängen. Daß überall noch Mitglieder gewonnen werden können, soll durch nachstehende Tabelle gezeigt werden.

In jedem Dorf unseres Gau'es ist die Zahl der dort ansässigen Maurer festgesetzt worden; es sind alle die mitgezählt worden, die auch nur einige Wochen Maurerarbeit verrichten. Im Durchschnitt kommen auf 1000 Einwohner 8,7 Maurer. Im übrigen Deutschen Reich war die Bautätigkeit besser, und ich schätze den Prozentsatz der ansässigen Maurer dort noch höher. Aber selbst wenn der Prozentsatz nicht höher wäre, gäbe es in Deutschland 520 000 Maurer, von denen rund 450 000 organisationsfähig sind. In der Berufsabteilung werden mehr als 100 000 Maurer als Landwirte gezählt, die die Maurer nur als Nebenberuf betreiben. Viele andere sind in der Hauptsache im Steinbruch, in der Gutsfabrikation und in anderen Berufen beschäftigt. Aber zu organisieren sind sie meist alle. Beweist: Die fünf Dresdener ländlichen Logengemeinschaften, wo uns nur noch 8,5 pSt. sämtlicher Maurer fernstehen, und davon auch noch mindestens 2 pSt. organisationsfähig und rund 2 pSt. zur Zeit der Feststellung (31. Dezbr. 1906) in anderen Verbänden organisiert sind, weil sie im Winter andere Beschäftigung haben. Im Gau Dresden müssen noch rund 2000 Maurer organisiert werden, wenn die Organisation wirklich vollendet sein soll. Wenn die einzelnen Zweigvereine

Table with columns: Name des Bezugsgebietes, Einwohnerzahl im Jahre 1900, Zahl der Arbeiter, Zahl der Bauarbeiter, Zahl der Arbeiter in der Bauwirtschaft, Zahl der Arbeiter in der Holzwirtschaft, Zahl der Arbeiter in der Textilindustrie, Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie, Zahl der Arbeiter in der Lebensmittelindustrie, Zahl der Arbeiter in der Bergbauindustrie, Zahl der Arbeiter in der Eisenindustrie, Zahl der Arbeiter in der Maschinenindustrie, Zahl der Arbeiter in der Elektroindustrie, Zahl der Arbeiter in der chemischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der pharmazeutischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der optischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der Papierindustrie, Zahl der Arbeiter in der Druckindustrie, Zahl der Arbeiter in der Buchbinderei, Zahl der Arbeiter in der Kleiderindustrie, Zahl der Arbeiter in der Lederindustrie, Zahl der Arbeiter in der Holzindustrie, Zahl der Arbeiter in der Steinindustrie, Zahl der Arbeiter in der Glasindustrie, Zahl der Arbeiter in der Porzellanindustrie, Zahl der Arbeiter in der Keramikindustrie, Zahl der Arbeiter in der Textilindustrie, Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie, Zahl der Arbeiter in der Lebensmittelindustrie, Zahl der Arbeiter in der Bergbauindustrie, Zahl der Arbeiter in der Eisenindustrie, Zahl der Arbeiter in der Maschinenindustrie, Zahl der Arbeiter in der Elektroindustrie, Zahl der Arbeiter in der chemischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der pharmazeutischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der optischen Industrie, Zahl der Arbeiter in der Papierindustrie, Zahl der Arbeiter in der Druckindustrie, Zahl der Arbeiter in der Buchbinderei, Zahl der Arbeiter in der Kleiderindustrie, Zahl der Arbeiter in der Lederindustrie, Zahl der Arbeiter in der Holzindustrie, Zahl der Arbeiter in der Steinindustrie, Zahl der Arbeiter in der Glasindustrie, Zahl der Arbeiter in der Porzellanindustrie, Zahl der Arbeiter in der Keramikindustrie.

gleich sofort an die Arbeit gehen, dann werden wir in diesem Jahre unserm Ziele ziemlich nahe kommen. Da in diesem Jahre nur einige Streiks in Aussicht stehen, wird dem Bauvorstande auch mehr Zeit zur Agitation übrig bleiben.

Im Jahre 1906 wurde der Bauvorstand gerade in der besten Zeit des Jahres durch die Streiks bekräftigt. In 131 Versammlungen, 11 Besprechungen und 35 Sitzungen, die fast ausschließlich mit der Lohnbewegung befaßt, war der Bauvorstand beteiligt.

Es gingen ein: 1203 Postsendungen, darunter 209 Briefe, 220 Karten und 7 Telegramme. Versandt wurden 4200 Postsendungen, darunter 684 Briefe, 472 Karten und 21 Telegramme.

Die Abrechnung der Kaufasse gestaltete sich folgendermaßen:

Table with columns: Bestand vom Jahre 1905, Aufwuchs vom Vorstand auf Grund des Status, für Streikleitung, Beiträge der Zweigvereine, Sonstige Einnahmen, Ausgabe, Gehalt, Engagierter Arbeitsverdienst, Zinsen, Fahrgeld, Miete und Heizung, Druckkosten, Porto und Schreibmaterial, Sonstiges, Summa.

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand.

Kug. Friedrich, Vorsitzender.

Obst. Meißner, Ernst Gildner, Emil Schäfer, Gärtnereigast Falkenberg.

Berichte.

Bericht über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorarbeiten...

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüssen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagvormittags in unseren Händen sind.

Bayreuth. Am Sonntag, den 27. Januar, tagte unsere Generalversammlung...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt und zu gleicher Zeit werden in jeder Erleichterung Maurerversammlungen abgehalten...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen, hiervon waren 345 für und 389 gegen die Anstellung eines Vertrauensmannes...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen, hiervon waren 345 für und 389 gegen die Anstellung eines Vertrauensmannes...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

als erster Kassierer Kollege Kraus wiedergewählt. Am 17. Februar findet eine große Agitation statt, zu der das herausgegebene Flugblatt vom Kollegen Hofmann zur Verteilung gelangt...

Erfurt. Dienstag, den 29. Januar, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Die Verhandlung hatte folgendes Resultat ergeben: Bestimmt hatten 753 Kollegen...

Görlitz. In der Nummer 5 des Grundstein wird in dem Bericht aus dem Bezugsgebiet Löwenberg das Verhalten einiger Görlitzer Kollegen, die infolge des Görlitzer Maurerstreiks in Löwenberg gearbeitet haben...

langten, und zwar betrafen diese Mängel in 11 Fällen schlechte Baubau, in 13 Fällen schlechte Abstricharbeiten, in 9 Fällen schlechten Abstrich und in 9 Fällen Verarbeiten von schlechtem Material. Am 9. Mai führte infolge schlechter Fundamentierung ein Stützgerüst ein, wodurch ein Arbeiter getötet und einer zum Tode verurteilt wurde. Die Untersuchungen erzielten am 1. Tag Gefängnis. Am 24. Oktober brach das Gerüst in die Tiefe hinab, wobei 2 Arbeiter und 2 Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Unglücksfall ist noch nicht abgeurteilt. Die Kontrolle der Bauten wird von der Behörde sehr einseitig vorgehen, deshalb muß unterstellt mit aller Schärfe darauf geachtet werden, daß Leben und Gesundheit aller auf Bauten beschäftigten Arbeiter gesichert wird. Die Beteiligung an der Mauer war schlecht, obwohl die Unterführung der gemauerten Kollegen beschlossen war. Zur Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mußten 6 Sperren verhängt werden, die sämtlich zu Gunsten der Kollegen verliefen. Die Sperren waren in 8 Fällen schlechte Behandlung, in 2 Fällen Lohnverdrängung und in 1 Fall nur zur Sicherung des Lohnes angeordnet. In 1 Fall wurden durch die Sperre der Bauarbeiter 11 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. An eine Lohnbewegung in Halle konnte nicht gedacht werden, dazu war die Bauzeit bis in den Sommer hinein zu kurz. Die bessere Konjunktur trat erst in den Herbstmonaten in Erscheinung. Eine Lohnaufschlagung ergab, daß der Durchschnittslohn 5 1/2 pro Stunde betrug. Die Arbeit ist in diesem Jahre gleichfalls abgeklungen. Endlich ist es uns gelungen, die einstufige Mittagspause in den Wintermonaten durchzuführen. Sie üblich, wurde auch in diesem Jahre eine Statistik über die Zahl der Abonnenten des „Volkshauses“ und der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins aufgenommen. Es ergab sich, daß 723 der Mitglieder der Arbeiterpresse laien und 25 1/2 Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins waren. In Bezug auf die Lohnbewegungen beschränkte sich unsere Tätigkeit auf Grund der Konjunktur lediglich auf die Kontrolle. Mit voller Energie und Regierbarkeit gingen unsere Kollegen aus Werk. Im Lohnbezirk Landsberg zu dem 9. Ortschaften gehören, wurde nach viermonatigem Streik eine Lohnhöhe von durchschnittlich 8 1/4 pro Stunde erreicht. In Ammendorf und Lungebrot tobte der Streik hartnäckiger, erst nach 11 Wochen wurden die Forderungen bewilligt. Die Ursache hierzu war, daß der Schmarbener Meister aus Halle der keine Mittel schonte, um Ausländer heranzuziehen, im Streikgebiet Arbeiter auszuführen. In Weitzin wollten die Unternehmer ihre Zugstände nach dem Streik vom Jahre 1905 nicht einhalten, aber durch unsere energiegelassen Vorgehen wurden sie dazu genötigt. Im Lohnbezirk Leuchtenthal, wozu 14 Ortschaften gehören, wurde die Lohnbewegung ohne Kampf beendet, indem eine Lohnhöhe von 1906 um 10 1/4 pro Stunde und 2 1/4 pro Stunde durch Unterhandlung erzielt wurde. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden durch Vertrag festgelegt. In Niesleben wurde der Lohn von 45 auf 50 1/4 pro Stunde erhöht. In den Gemilchen Fabriken in Ammendorf und Trotha erzielten die dort beschäftigten Kollegen eine Lohnhöhe von 8 1/4 pro Stunde, sowie Entschädigung von Arbeitslosen. Rechtschaffen wurde in 6 Fällen erzielt, und zwar in 5 Fällen beim Streik in Ammendorf, in 1 Falle gegen die Innungsstellenliste. Die Verhandlung betraf in 2 Fällen die Kollegen vor dem Gemeindericht und in 3 Fällen vor dem Amtsgericht; in allen 5 Fällen kamen die beteiligten Kollegen zu ihrem Recht. Auch in diesem Jahre beteiligten wir uns an der Wahl der Vertreter zum Innungsstellengericht. Die aufgestellten Kollegen wurden mit großer Majorität gewählt. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug A. 6632.75. Die Jahressumme und Ausgabe für das Jahr 1906 von A. 2389.80. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug A. 7897.61, die Ausgabe A. 2300.34, der Kassenbestand A. 5597.17. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. An Krankenunterstützung erhielten 185 Kollegen A. 2048.95, an Sterbeunterstützung 3 Kollegen und 5 Ehefrauen A. 452.50. Zum Hilfsfonds wurden A. 500 und für die ausgesetzten Lithographen und Steinbrüder A. 300 bemittelt. Die Bibliothek umfaßt 268 Bände. Gelesen haben 119 Kollegen 440 Bände. Die Einnahme an Belegbüchern betrug A. 21.60, die Ausgabe für die Bibliothek A. 17.85. Kollege Dege gab am Schluß seines Berichts der Postung Ausdruck, daß es uns in kommenden Jahre gelingen würde, endlich einmal eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen dementsprechenden Lohn herbeizuführen. Eine Diskussion des Berichts fand nicht statt. Dem Gesamtvorstand wurde eine Entschädigung von A. 250 für seine Tätigkeit bewilligt. Die Kassa ergab als Vorwissen Hermann Dege, als ersten Kassierer und Geschäftsführer C. Dege. Für die Bibliothek wurden A. 100 bemittelt zur Anschaffung neuer Werke. Im Reichsverein beantragte Kollege Rohardt, die 6 ausgesetzten Arbeiter auf Grund mangelhafter Beweise ihrer Schuld wieder in die Organisation aufzunehmen. Der Vorstand empfahl gleichfalls den Antrag. In der Diskussion sprach sich die Kollegen gegen den Antrag aus und zwar, weil die Arbeiter in einer so verfahrenen Form hergestellt ist, daß ein jeder angewiesen müßte, es handle sich um Arbeiter. Der Antrag wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Der Vorwissen wurde dann noch, daß mehr als bisher der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zu widmen und schloß hierauf die gut besuchte Versammlung.

Heidelberg. Sonntag, den 13. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Die sehr gut besucht war. Zunächst erlasstete der Vorsitzende Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Der Zweigverein hatte am Schluß des Jahres 1906 eine Mitgliederzahl von 937, so daß wir eine Zunahme von 223 Kollegen zu verzeichnen haben. Öffentliche Versammlungen wurden abgehalten in dem Zweigverein 7 und in den Bahnhallen 100, die größtenteils gut besucht waren. Auch wurden im verfloßenen Jahre in vier Bahnhallen Karfreie abgehalten, so daß wir auch hier einen Fortschritt zu verzeichnen haben. Allerdings sind diese Karfreie nur auf ein Jahr abgeschlossen, so daß wir auch im Jahre 1907 in diesen Orten in eine Lohnbewegung eintreten müssen. Hieraus verlas der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal, wonach sich dem Vorwissen erteilt wurde. Dann erfolgte die Wahl des Vorwissen, Kollege Weirauch als erster Kassierer

wiedergewählt wurden. Eine lebhafte Debatte entspann sich beim Punkt: „Anträge zum Verbandstag und Delegiertenwahl“. Sämtliche gestellten Anträge wurden abgelehnt. Als Delegierter wurde in der Stichwahl, die am 18. Januar erfolgte, Kollege Erny aus Eppelheim gewählt. In dieser Versammlung wurde besonders gegen die Firma Baum & Schäfer aus Mannheim Stellung genommen, da in ihrer neuen Bauabteilung die Arbeiter in der Arbeit nicht üblich und auch vom Zweigverein der Beschluß gefaßt worden ist, nicht in Afford zu arbeiten, so war man der Ansicht, daß dieser Beschluß auch für auswärtige Firmen maßgebend sein müsse. Die Versammlung beschloß, eine Kommission zu wählen, die bei der Firma vorstellig werden soll. Bemerkten wollen wir hier noch, daß der Vorstand der christlichen Organisation, Wilhelm Neureither (genannt Sanger), derjenige ist, der hier Affordarbeit einführen wollte, indem er erklärte: „Ihr (die Freien) könnt beschließen, was ihr wollt, ich schaffe doch in Afford“. Wir werden noch bei Gelegenheit auf diesen netten Kollegen zurückkommen. Am 19. Januar wurde die Kommission bei der Mannheimer Firma vorstellig, wobei ihr erklärt wurde, daß sie es sich noch vorbehalten, ob sie in Afford arbeiten lasse oder nicht, da erst in vier Wochen mit Mauern angefangen würde. Bezüglich des Steinereidens wollen sie uns bis Montag, den 21. Januar, das Weitere mitteilen. Eine Antwort hat aber nicht, sondern die Firma hatte vorgezogen, den Vertrauensmann, der gegen das Affordsystem eingetreten war, und noch einige andere Kollegen zu entlassen. Daß damit unsere Kollegen nicht einverstanden sind, ist leicht ersichtlich. Die Firma Baum & Schäfer wird gut tun, sich friedlich mit den Heidelbergern Mauern zu einigen. Zug von Mauern nach Heidelberg ist deshalb fernzuhalten.

Kronach. Was nützt das schönste Arbeiterschutzgesetz, wenn es nur auf dem Papier steht und in der Praxis keine Geltung hat? So nämlich steht es mit der bekannten Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in der Sandsteinindustrie, die, wie bekannt sein dürfte, für die Steinmeßen und Wessierer auf neun Stunden täglich festgesetzt ist. Im April des vorigen Jahres löste es, als wollten sich unsere Steinbruchbesitzer endlich zur Anbahnung dieser Verordnung beunehmen, erdlich mühen wir die Wahrnehmung machen, daß es nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen ist. Erilweise sind es jedoch auch die Kollegen selber, die die Anbahnung der neunstündigen Arbeitszeit hintertreiben. So war es bei Herrn Dupel, der im Anfang des Jahres sehr wenig Aufträge hatte und darum nicht länger als neun Stunden arbeiten ließ. Als sich dann das Geschäft belebte, arbeiteten die Kollegen aus freien Stücken eine Viertelstunde bis eine halbe Stunde über die Zeit. Herr Messelberger hat seit einigen Jahren eine Werksordnung. Im Frühjahr, wenn die Arbeit beginnt, wird jedem Arbeiter ein Exemplar ausgehändigt, und jeder muß dies in einer besonderen Liste unterschreiben. Da nun Herr W. wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung öfters vorbestraft ist, hatte er es im März vorigen Jahres vorgezogen, den § 3 der Arbeitsordnung zu ändern, und zwar so, daß die neunstündige Arbeitszeit herauskam, aber wie folgt: 6-7 1/2, dann bis 8 1/2 Uhr eine Stunde Frühstück, von 11 bis 12 Uhr Mittagspause, von 3 bis 4 Uhr Vesper, 6 Uhr Feierabend. Selbstverständlich weigerten sich einige Kollegen, diese Ordnung anzuerkennen und dem Bemerkten, daß eine Stunde Frühstück und Vesper für sie keinen Wert haben. Diese Kollegen hielten aber die Arbeitszeit von 9 Stunden in der Weise ein, daß sie früh 7 Uhr anfangen und Abends 6 Uhr aufhörten. Zwei Brüder des Herrn W., drei Weissen und vier Schlingen hatten die Arbeitszeit den ganzen Sommer übertreten. In dieser Werksliste ist auch bei den Steinbauern, die nicht mit Mauerearbeit beschäftigt werden, die Affordarbeit eingeführt; nun erhalten die Herren Brüder die Bestätigung, diese bleiben in ihren Händen, da hat kein anderer Einbild. Sie luden sich die schlecht bezahlten Broden machen. Ein Steinbauer hat den ganzen Sommer nur zweimal A. 23 verdient, aber dreimal unter A. 18 und einmal unter A. 15; es ist aber auch einige Male vorgekommen, daß er in 4 1/2 Tagen A. 20 verdient hat. Bei der Firma Wetter, Filiale Kronach, wurde die Bundesratsverordnung nur bis Anfang Mai eingehalten, dann wurde der Firma auf Ansuchen bewilligt, 14 Tage länger als 9 Stunden arbeiten zu lassen; als die 14 Tage um waren, war seine Rede mehr von 9 Stunden, die Arbeitszeit wurde den ganzen Sommer bis ins Unendliche übertreten, ja, wir erhielten sogar Mitteilung, daß ein Steinbauer Nachts noch arbeiten mußte, dabei soll ihm ein Tagelöhner geleudelt haben. Einmal ist ein Gen darm nach 6 Uhr Abends an den Bruch gekommen, da haben die Steinbrecher und Wessierer noch arbeiten müssen, als einer der Poliere den Gen darmen sah, soll er zu den Wessierern gesagt haben: Wenn er fragt, dann sagt ihr, ihr seid Tagelöhner. Ein anderes Mal, es war am 22. August, hatte ein Gen darm in der Steinmehlwirtschaft eine Redeache zu machen. Als die Steinbauer ihn sahen, ließen sie ihre Werkzeuge verstopfen, setzten sich auf ihre Werkstücke, oder ihre Kästen oder hielten so herum. Angenommen, der Gen darm hätte nicht gesehen, wie gearbeitet wurde, so hätte er es h ä r e n müssen, denn bei so vielen Steinbauern, wie bei der Firma Wetter beschäftigt sind, da macht der Anspießschlag von so und so viel Steinbauern so großen Lärm, daß man es vor weitern hören kann. Herr Baum hatte seinen Neubau für das Landbauamt gegenüber dem alten Salzhandel (jetzigen Gefängnis) auszuführen, hier wurde die neunstündige Arbeitszeit planmäßig übertreten. Bei Herrn Müller wurde in diesem Jahre die neunstündige Arbeitszeit eingehalten, auch ist hier gegen die früheren Jahre eine Lohnaufbesserung eingetreten. Vorstehendes diene den Behörden zur Kenntnis, besonders der Gewerbeinspektion, als Beilage zu dem diesjährigen Inspektionsbericht. Nicht ganz zwei Monate mehr trennen uns von dem 22. März, dann sind es fünf Jahre, daß die Verordnung, Rechtskraft erhalten hat; aber für Kronach steht sie heute noch bloß auf dem Papier, keiner der Herren Uebertreter wurde im abgelaufenen Jahre bestraft, trotzdem ein Bürger täglich sehen und hören konnte, daß die Verordnung mehr oder weniger übertreten worden ist. Kritikhafter wird gar nicht bestraft, den Schutt aus den Ruben wird der Stein-

bauer selbst hinausgeschaffen, wenn er nicht darin erstickt will. Die Gerichte auf den Bildern waren mit einigen Ausnahmen durchaus ganz schlecht. Von Landbauern ist in den meisten Fällen keine Rede, und so wurde voranbehalten, werden Baumaterialien darin aufbewahrt; mit den Worten liegt es genau so, hier mußte man an manchen Baustellen in Nachschäufel oder Wirtshäuser gehen. Die Behandlungweise ist bei einigen Unternehmern geradezu schrecklich. Auf die Lohnverhältnisse wollen wir uns heute nicht einlassen, das werden wir später tun, nur soviel wollen wir bemerken, daß es bei Herrn Messelberger den Ansehen hat, als wären die Stunden im Winter länger als im Sommer, weil er im Winter 23 1/2 pro Stunde zahlt, statt 32 1/2. An den Kollegen wird es nun in diesem Jahre liegen, alle diese Uebelstände abzuschießen; wie dies gemacht werden soll, wird die Zeit lehren.

Vorderern. (Jahresbericht.) Im Anfang des Jahres 1906 standen die Bauarbeiter Vordererns in einer Lohnbewegung, die uns die geistigste Arbeitszeit brachte. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 20, des zweiten 30, des dritten 27 und des vierten 64. Am Schluß des dritten Quartals waren gut zwei Drittel der Bauarbeiter organisiert. Im vierten Quartal wurde das Bauarbeiterkollegium eingeführt, das uns den Vorteil brachte, daß am Schluß des vierten Quartals sämtliche Kollegen Vordererns organisiert waren. Neu aufzunehmen ließen sich im Laufe des Jahres 18. Ueber erhebliche Beitragstrüden kann nicht gellagt werden. An Marken wurden verkauft: 34 Eintrittsmarken à 50 J., 1224 Beitragsmarken à 50 J., 15 Beitragsmarken à 45 J., 68 Arbeitslosenmarken à 25 J., 428 Kolportagemarken à 10 J., 49 Kolportagemarken à 10 J. An die Hauptkasse wurden abgeführt A. 435.12. Ferner wurden bezugsabgegeben für Krankenunterstützung an zwei Mitglieder A. 115, für Krankenunterstützung an zwei Mitglieder A. 15.55. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Jahres 1905 A. 85.95. Zugutkommen aus den Prozenten von den Beiträgen, Eintrittsgeldern und sonstigen Einnahmen A. 242.18. Verabreicht wurden A. 176.05, darunter Beiträge für den Bauarbeiterkollegium A. 5.70, für das Kartell A. 1.50, für Schreibmaterial, Porto und Briefgeld A. 19.20, für Kolportage des „Grundstein“ und Einziehung der Beiträge A. 28.50, Bibliothek A. 4.40, für Streik anderer Verufe A. 8, für die Beschäftigung der Gaultonferren A. 32, für Wiese A. 23; Zulage zum Stützungsfest A. 33.55, für Kranzgebende A. 6, sonstige Ausgaben A. 12.90. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Jahres 1906 A. 163.08. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in zwei außerordentlichen und dreizehn Mitgliederversammlungen.

Verde A. Parz. Sonntag, den 20. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Es hielt hier ziemlich schwer, noch ein Lokal zu bekommen. In unserem bisherigen Lokal sollte eine Volksversammlung tagen. Der Wirt wurde dann von der Gegenpartei bestritten, so daß er einen Tag vor der Versammlung absagte. Nun gelang es einigen Fortschritt Kollegen mit Mühe, ein anderes Lokal für unsere Generalversammlung zu gewinnen. Jetzt heißt es aber, nicht mehr zu schlafen, sondern es müssen alle Kollegen dafür eintreten, daß wir auch in jeder Hinsicht ein Lokal bekommen und es zu behalten verbleiben. Zunächst gab der Vorsitzende, Kollege Deffe, einen Bericht vom Jahre 1906. Er schilderte den Verlauf des Jahres und das Aufblühen des Zweigvereins. Die Mitgliederzahl wurde durch 206 Aufnahmen im Jahre 1906 erhöht. 31 Kollegen waren schon einmal Mitglieder des Verbandes. Jetzt haben wir 448 Mitglieder. In drei Lohngebieten des Zweigvereins wurden den Unternehmern Forderungen auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbreitet; in allen drei Fällen hatten wir auch Erfolg. Auch den hiesigen Streik gelang es uns, den ersten schriftlichen Arbeitsvertrag abzuschließen. Dagegen haben wir in Hattorf und Clautal ohne Arbeitseinstellung, aber auch ohne einen schriftlichen Arbeitsvertrag den Eigenbauontragen. Ferner wies der Vorsitzende auf die Etablizität der Mitglieder hin und ermahnte die Kollegen, treu und fest zu unserer Sache zu halten, auch solle niemand das Solidaritätsgeld gegenüber den anderen Verufen verlegen, damit die hiesige Einigkeit unter den Arbeitern auch für dieses Jahr Bestand habe. So dann wurde vom Kassierer Hausmann die Abrechnung vorgelesen. Da kein Widerspruch erhoben wurde, wurde die Entlastung ausgesprochen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Deffe und zum Kassierer Kollege Hausmann einstimmig wiedergewählt. Als Delegierter zum 9. Verbandstage wurde Kollege Uhe-Waldfeld mit 100 Stimmen gewählt. Den Hilfskassierern wurde eine Erhöhung ihrer Entschädigung in Höhe von 2 J. pro Woche bewilligt. Ferner wurde dem Kollegen Preves A. 30 und dem Kollegen Fride A. 15 Unterstützung aus der Kasse bewilligt.

Wass. Der hiesige Zweigverein hielt am 27. Januar seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst den Jahresbericht und erlaubte die Kollegen, die Versammlungen für das heutige Jahr besser zu besuchen und mehr Interesse am Verband zu haben. Hierauf folgte der Kassenbericht. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug A. 123.80, die Ausgabe A. 128.80, die Einnahme der Lokalasse betrug A. 70.26, die Ausgabe A. 46.47, bleibt Bestand A. 24.79. Nachdem der Kassierer die Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Dehage erteilt. Das Klieben des Kollegen Grünlein wurde durch Erheben von den Eigen gelehrt. Bei der Neuwahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder gewählt. Zum Verbandstag wurde Kollege Hainlein in Schopflos gewählt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen nochmals zum fleißigeren Versammlungsbesuch und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Sachs. Am 27. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt. Die Mitgliederzahl beträgt 85. Durch Quasigattion wurden 13 Kollegen für den Verband gewonnen. 20 Kollegen stehen dem Verbande noch fern. Die Versammlung nahm den Kassenbericht mit Befriedigung entgegen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde die hiesigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Mit der Wahl des Vorsitzenden, die Lokalbeiträge pünktlicher zu zahlen und eifrig bei den

und noch fernstehenden Kollegen zu agitieren, wurde die Versammlung gelöst.

Schwerin. Am 16. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Boldt erstattete Bericht von der Gaukonferenz in Lübeck; derselbe wurde von den Kollegen mit großem Interesse entgegengenommen. Der Delegierte von der Bauarbeiter-Schulungskommission erstattete den Quartals- und Jahresbericht, worauf ihn die Versammlung Entlastung erteilte. Darauf nahm die Versammlung die Delegiertenwahl zum Verbandstag vor. Als Kandidat wurde Kollege Boldt vorgeschlagen, auf ihn vereinigten sich dann 59 Stimmen, eine Stimme fiel auf den Kollegen Kollmann in Gewerkschaften. Man entspann sich eine erste Debatte über den letzten Bericht des Kollegen Mügel. Es wurde folgende Resolution beschlossen: Die heutige Versammlung hat Kenntnis genommen von dem Gauericht in Nr. 2 des „Grundstein“, in dem es heißt, daß die Kollegen den Bauarbeitern gegenüber die Solidarität nicht gezeigt hätten. Die Schweriner Kollegen weisen dies entschieden zurück, weil sie mit ihrem Verhalten schon über den Kartellvertrag hinausgegangen sind. Der Wortwurf, der den Schweriner Kollegen in dem Bericht gemacht wird, ist nicht stichhaltig. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, am Wahltage die Arbeit ruhen zu lassen.

Stralburg. Am 13. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Quartals- und Jahresbericht bekanntgegeben. Da Einspruch dagegen nicht erhoben wurde, so konnte die Entlastung des Kassierers ausgesprochen werden. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand mit Ausnahme des Kassierers neu gewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Sängler einstimmig gewählt. Auf Anregung des Kollegen Sängler, ob nicht Anträge zum Verbandstag zu stellen seien, entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, die auch einige Anträge getriggerte. Im übrigen wurde es dem Delegierten überlassen, selbständig zu der Tagesordnung des Verbandstages Stellung zu nehmen. Am 10 Uhr folgte Schluß der Versammlung. Seit kurzer Zeit herrscht hier mildes Wetter, so daß verschiedene Kollegen in Arbeit sind. Leider muß aber konstatiert werden, daß ein großer Teil hiervon sich nicht nach dem Tarif richtet. Natürlich haben die Unternehmer die Veranlassung hierzu gegeben. Sie meinen, daß man es im Winter mit den tariflichen Abmachungen nicht so genau nehmen dürfe. Allen voraus in dieser Beziehung sind die Ziegelbarone, die ja auch den Tarif nicht unterworfen haben. Um sich nun von den Unternehmern völlig unabhängig zu machen, stellen sie sich selber Maurer an und betrauen diese, jede Solidarität beiseite zu legen. Wir richten daher an alle Kollegen das Ersuchen, sich nicht von den Unternehmern und Fabrikanten einwängen zu lassen. Mögen die Kollegen eingedenk sein der schweren Opfer, die wir für die Verbesserung unserer Lage schon gebracht haben. Möge jeder Kollege dahin streben, daß wir uns eine menschenwürdige Existenz verschaffen. Vor allen Dingen, aber hat jeder die tariflichen Abmachungen zu respektieren; damit uns das Ertrugene nicht wieder verloren gehe.

Vegefall. Einen recht erfreulichen Fortschritt brachte das Jahr 1906 auch dem hiesigen Zweigverein. Die Arbeitslosigkeit war im vorliegenden Jahre durchschnittlich gering. Eine Ausnahme hiervon machte sich nur im April und Anfang Mai bemerkbar. Auch für das Jahr 1907 läßt sich eine nicht unguünstige Konjunktur erwarten. An größeren Bauten stehen neben zwei Turmhallen und einem Bahnhofsgebäude auch noch ein Verwaltungsgebäude für den Bremer „Bullant“ (Schiffswerft) in Aussicht. Das Jahr 1906 war ein Jahr des Friedens. Nur im April machte sich eine Pausperre über den Bau des Unternehmens fest. Es war durch die günstige Konjunktur auch möglich, unsere Mitgliederzahl auf 287 am Jahresschluß zu bringen. Die Zahl der ungesetzten Beitragslosen betrug 10 380, davon waren 256 Beiträge von Arbeitslosen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 255 gegen 229 im Jahre 1905. Auf ein Mitglied entfallen somit 40,85 Beiträge, ein überaus günstiges Resultat. Die Gesamtentnahme für die Hauptliste betrug A 473,35, davon wurden an die Hauptliste abgeandt A 173,98. Für Rechnung der Hauptliste wurden am Orte verausgabt: Reiseunterstützung A 36,60; Steuerunterstützung A 155 und Krankentätigkeit A 133,70. Der Anteil des Zweigvereins an den Hauptlistengebühren betrug A 1089,27. Auch die Lokalliste weist einen guten Abschluß auf. Die Einnahme betrug 1906 A 2114,97. Diese Höhe ist erreicht worden durch das Erheben eines Kolonialzuschlages von 10 A pro Woche seit Monat Mai. Im einzelnen gestalten sich die Ausgaben der Lokalliste folgendermaßen: für Schriften (Kalender, Broschüren usw.) A 60,70, Gaudbeitrag A 51,30, Beitrag an das Gewerkschaftsamt A 108,80, eine Pausperre A 23,75. Für Agitation wurden nur A 0 verausgabt, was ganz entbehrlich zu wenig ist. Die Delegation zur Gaukonferenz erforderte A 5,50. Statistische Aufnahmen haben zwei stattgefunden, sie verursachten eine Ausgabe von A 34,50. Für Erhebung von drei verstorbenen Mitgliedern wurden A 12,50 ausgegeben. Die persönlichen Verwaltungskosten beanspruchten einen Betrag von A 252,93. Die sachliche Verwaltung kostete A 688,75. Außerdem wurden aus letzten Mitteln im dritten und vierten Quartal (neben den A 133,70 der Hauptliste) A 129,20 Krankenzuschuß gewährt. Die Gesamtausgabe der Lokalliste belief sich auf A 1377,13; diese von der Gesamtentnahme von A 2114,97 abgezogen, ergab sich am Jahresschluß 1906 ein Restbestand von A 737,84 gegen A 196,02 am Schluß des Vorjahres. Offenlich sorgen nun alle Kollegen dafür, daß auch das Jahr 1907 ein würdiger Denkmahl für den hiesigen Zweigverein wird. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, daß jeder Kollege es als seine Pflicht betrachtet, regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen, denn der Versammlungsbesuch war und ist kein Gort. Gort dafür, Kollegen, daß wir in diesem Jahre etwas erreichen. Aus jeder seine Pflicht!

Waldorf. Sonntag, den 18. Januar, tagte die gut besuchte Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Vorsitzende schilderte den Verlauf des vorliegenden Jahres und machte die Kollegen auf die großen Kämpfe im

kommenden Jahre aufmerksam. Sodann gab der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht bekannt. Die Gesamtentnahme betrug im vorliegenden Jahre A 854,85; davon entfielen auf die Hauptliste A 339,48. Die Lokalliste hatte inklusive Bestand eine Einnahme von A 818,05, die Ausgabe betrug A 195,85; bleibt Restbestand der Lokalliste von A 122,20. Der Quartals- und Jahresbericht wurde von den Revisoren für gut befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Zimmermann aus Plinghausen gewählt. Bei der Vorstandswahl wurden Georg Maier als erster Vorsitzender und Georg Lud als erster Kassierer wiedergewählt. Bei den Anträgen zum Verbandstag entsafte sich eine rege Diskussion. Das Resultat davon war, daß sich die Kollegen bereit erklärten, in den Monaten Mai bis September einen Extrabeitrag von 10 A pro Woche zu bezahlen. Der Zweigverein Waldorf löst mit Zufriedenheit auf das Jahr 1906 zurückblickend. Möge sich das Jahr 1907 ebenfalls gut gestalten. Am 7 Uhr folgte der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Wiesbaden. Am 27. Januar hielt die Zahlstelle der I. K. A. eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde des jährlichen Berichtes der Zahlstelle gedacht. Die Kollegen Wörner, Bauer und Wecht schützten in trefflicher Weise die Entwicklung der Verhältnisse während dieser Zeit; ihre Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde ohne Widerspruch genehmigt und der Kassierer entlastet. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 80. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurde Kollege Wilhelm Wecht als erster Vorsitzender und Kollege F. Freitag als Kassierer gewählt. Der neugewählte Vorsitzende ergriffte die Kollegen, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen und die Verwaltung nach Kräften zu unterstützen. Die Kollegen erinnerte an die Wähl der Unternehmer, im nächsten Jahre große Ausprägungen vorzunehmen; es seien hierzu große Geldmittel nötig. Es empfahl sich einen Extrabeitrag von A 6 zu zahlen. Auf Antrag des Kollegen Wecht wird beschlossen, bei dem Verbandstag zu beantragen, daß den Kollegen, die von einem Unfall betroffen werden, auch während der Karenzzeit Unterstützung gewährt wird. Dem Kassierer wurden für seine Mühewaltung A 10 bewilligt.

Woldenberg. Am 20. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung, die nicht gut besetzt war. Der Kassierer erstattete den Quartals- und Jahresbericht, worauf ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wurde. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Kollege Eduard Prib und als Kassierer Cito Hohlhoff. Ferner wurde beschlossen, für dieses Jahr einen Lohn von 30 A zu fordern.

Wolgast. Am 27. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Bei der Vorstandswahl wurden Vorsitzender, ein Kassierer wiedergewählt. Es wurde dann beschlossen, eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen. Der Stundenlohn soll von 48 A auf 40 A erhöht werden. Der Stundenlohn von 48 A für Handarbeit soll beibehalten werden. Für Lieberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit soll ein Aufschlag von 10 A und für Wasser- und Abwasserarbeit ein solcher von 5 A pro Stunde gezahlt werden. Ferner sollen die Unternehmer ersucht werden, in sonderlicher Beziehung etwas mehr zu tun. Hierauf folgte Schluß der ziemlich gut besetzten Versammlung.

Verdittung. Die in Nr. 5 beschriebene Versammlung von Gönau war von der Gönauer Zahlstelle der Maurer, aber nicht vom Zweigverein abgehalten.

Zusland.

Ingarr. Der Bericht über die Bewegung der Bauarbeiter in Ingarr hängt sehr erfreuliche Resultate der Organisation. Im Jahre 1905 hatte der Verband sechs Sektionen, und 188 Ortsgruppen, im Jahre 1906 hatte der Verband neun Sektionen und 278 Ortsgruppen. In diesem Jahre haben sich die Gerüstarbeiter mit 800 Mitgliedern, die Steinmetze mit 950 Mitgliedern und die Ziegler- und Schieferdecker mit 80 Mitgliedern angeschlossen. Außerdem wurden im Jahre 1906 90 Ortsgruppen gegründet. Die Mitgliederzahl stieg auf 47 900. Mitglieder des Verbandes waren im Jahre 1905 17 500, am 30. November 1906 aber schon 28 000, so daß die Mitgliederzahl des Verbandes im Laufe dieses Jahres um 8 500 gestiegen ist. Das Sachblatt der Bauarbeiter erscheint im Monat einmal in den drei Hauptlandessprachen, und zwar in 31 000 Exemplaren. Für die fernlich, rumänisch und italienisch sprechenden Mitglieder werden in entsprechenden Mätern die Angelegenheiten der Bauarbeiter besprochen; diese Blätter bekommt jedes berechnete Mitglied des Verbandes. In der Angelegenheit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zum Schutze der bestehenden Arbeitsordnung gab es in 297 Fällen Arbeitseinstellungen. 35 pct dieser Arbeitseinstellungen haben die Arbeitgeber selbst bewerkstelligt. Die Ausprägungen bewarnten von 2 bis 4, 5 bis 12 und 16 Wochen. Am stärksten war der Kampf in Kolozsar und Budapest, wo die Ausprägung bis heute noch nicht beendet ist; die Arbeiter kämpfen hier mit erstaunlichem Mut und Spiermüdigkeit. Es ist hier schon erwähnt worden, daß die Arbeitgeber in diesem Jahre, den in Budapest durch Vermittlung des Verbandes und des Generalministeriums zu stande gekommenen Kollektivvertrag geschlossen haben. Die Arbeitgeber wurden hierzu durch die „nationale“ arbeitereindliche Regierung ermuntert. Versammlungen und Konferenzen waren in diesem Jahre 667, um 192 mehr als im Jahre 1905.

Rusland. Bei der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Bauarbeiterverbände waren Pjersburg, Moskau, Charkow, Kow, Wilna und andere Städte durch Delegierte vertreten. Schriftliche Rechenschaftsberichte hatten die Verbände Polens, der Städte im Nordwesten und im Wolgastgebiet eingereicht. Es wurde festgestellt, daß vom Jahre 1905 an unter den Bauarbeitern überall die gewerkschaftliche Bewegung begann und sich zugleich auch eine ganze Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen bildete, welche im Jahre 1906 in vielen Städten bereits voll-

ständig formiert waren. Ein Unterschied in der Lage der Gewerbe macht sich in den wäulichen Gebieten Russlands bemerkbar. In Zentralrussland werde man gegen die „patriarchalische“ Art der Vertragsschließung zu kämpfen haben. Die Konferenz sprach sich entschieden gegen die Saisonarbeit und die Unterjochung der Arbeiter durch die Agenten der Unternehmer aus. Die Frage der Genossenschaften und der produktiven Kooperationen rief sehr lange Debatten hervor. Zur Bereinigung der Bauarbeiterverbände wurde ein bestimmter Plan der Organisation nach Gauen festgelegt und die Einberufung eines Allrussischen Bauarbeiterkongresses beschlossen.

Beiträge zum Lehrlingswesen.

Gau Hannover.

Im Gau Hannover besteht überall ein regelrechtes Lehrverhältnis. Die Lehrzeit ist fast überall einheitlich, wenn sich auch hier und da Versuche bemerkbar machen, die allgemein übliche Lehrzeit von drei auf vier Jahre zu verlängern. Solche Strömungen hatten wir auch in Hannover. Um die Begünstigung der Notwendigkeit der Verlängerung der Lehrzeit war man nicht in Verlegenheit, Punkte einerseits das Fortschreiten der Gesellschaft, die Arbeitszeit mehr und mehr zu verlängern, herhalten, so galt als weiterer Grund der Fortbildungunterricht, den man nicht mehr in den späteren Abendstunden, sondern vor Beginn oder während oder sofort nach Schluß der Arbeitszeit stattfinden lassen wolle. Dies Betragen ist ohne Erfolg geblieben, indem die Aufstichtsbörde die Genehmigung verweigerte. Um dies zu erreichen, hat es jedoch erst der Protestversammlungen der baugewerblichen Organisationen bedurft.

Aber was will das alles sagen? Die Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit sind so wie so der Willkür des Lehrherrn ausgeliefert, sobald sich junge Leute resp. Eltern oder Vormünder finden, die bereit sind, einen Lehrvertrag über drei Jahre hinaus einzugehen. In den diesbezüglichen Bestimmungen der Handwerkskammern oder der Innungen heißt es, daß die Lehrzeit „in der Regel“ oder „mindestens“ drei Jahre betragen soll.

Dies beuten die Herren Unternehmer natürlich aus. Ja, in Linden hat sogar der Gesellenauschuß der Verlängerung der Lehrzeit von drei auf dreieinhalb Jahre seine Zustimmung gegeben. Die Folge davon ist, daß im Zweigvereinsgebiet Hannover von 329 Lehrlingen 19 Lehrlinge dreieinhalb und sechs Lehrlinge vier Jahre zu lernen haben.

Von der sonst ziemlich einheitlichen dreijährigen Lehrzeit machen die Herren Meister von Celle und Nienburg eine unrichtige Ausnahme. Sie find der Auffassung, daß man in drei Jahren das ehrende Handwerk der Maurer nicht erlernen kann, daß hierzu vielmehr vier Jahre Lehrzeit nötig sind. An und für sich wäre es ja anerkennenswert, wenn sich die Unternehmer von dem Grundsatze leiten ließen, aus den jungen Lernenden Menschen tüchtige Maurer heranzubilden, wenn nicht der nackte Egoismus für sie ausschlaggebend wäre! Vor allem dürfte dies in Nienburg gutreffen. Die dortigen neun Unternehmern beschäftigen 68 Gesellen, und man höre und staune — 43 Lehrlinge! Daß dies der nackte Egoismus ist, bedarf gar keiner weiteren Feststellungen, wenn man hört, daß man den jungen Leuten im ersten Jahre pro Tag 50 A, im zweiten 75 A, im dritten A 1 und im vierten Jahre A 1,25 pro Tag zahlt. Hier ist es notwendig, Mittel und Wege einzuschlagen, um einer solchen Walfenzucht — und Ausbeutung entgegenzutreten.

In Celle liegt die Sache in dieser Hinsicht wohl weniger schlimm; hier entfallen auf 20 Unternehmer und 811 Gesellen nur 40 Lehrlinge. Der Reichsdurchschnitt von einem Lehrling auf 7,39 Gesellen ist dort also nicht erreicht, aber mit der Begalung sieht's fast ebenso traurig aus wie in Nienburg.

Die fürstliche Residenzstadt Wüdeburg reiht sich mit den vierjährigen Lehrzeit den beiden vorgenannten Orten würdig an. In Wüdeburg und in Stadtbergen ist ebenfalls eine vierjährige Lehrzeit üblich. Man kann ja darüber streiten, ob es dreier oder vier Jahre bedarf, um sich alle Fertigkeiten, die das Maurergewerbe verlangt, anzueignen; wenn wir aber sehen, daß auch beim Lehrlingswesen seitens der Herren Meister der Grundsatze gilt: „Belehret Euch“, so haben wir alle Ursache, zu sagen eine weitere Verlängerung der Lehrzeit mit aller Macht und Kraft zu wenden. In Garmeln ist wohl eine dreijährige Lehrzeit üblich, aber es hat sich dort so eingebürgert, daß der Geselle gedorene Bezahlung nach ein Vierteljahr weiter für einen Lehrlingslohn von A 1,20 pro Tag arbeitet. Da dies „gute Verhältnis“ von keiner Seite zu trüben beabsichtigt wird, so wird es wohl auch noch weiter so bleiben.

Eine Fortbildungsschule besteht in den meisten Orten und wird auch von den meisten Lehrlingen besucht. In Wüdeburg nimmt jedoch von 120 Lehrlingen nur 61 am Unterricht teil. Dies dürfte seinen Grund darin haben, daß die fehlenden 59 wahrscheinlich in den umliegenden Ortschaften wohnen und Abends nach Hause gehen. Ähnlich liegt es auch in Wüdeburg, Dersford und Artheim. Es muß aber Bemerkung getroffen werden, daß auch diesen jungen Leuten die Möglichkeit gegeben wird, am Unterricht teilzunehmen.

In Seesen besuchen die Lehrlinge den fortbildenden Unterricht nicht, dafür wird ihnen aber das behobere Vorrecht zu teil, an ihre Meister A 50 Gehalt zahlen zu dürfen. Nicht man kann noch in Beckrodt, das im ersten Jahre 80 A, im zweiten 70 A, im dritten Jahre 60 A Lohn pro Tag gezahlt werden, so kann man wohl begreifen, wie glücklich sich ein junger Mensch preisen muß, der in Seesen das Bauernhandwerk erlernen darf.

Auch in Wüdeburg ist bei den dortigen 20 Maurerlehrlingen die Fortbildungsschule ein unbekannter Begriff, und ebenso in Holzminnen. Trotzdem dort eine Bauakademie besteht, hat man es aber nicht für nötig, dem jungen Handwerksnachwuchs Fortbildungsschulunterricht zu gewähren.

Die Begalung der Lehrlinge in den einzelnen Lehrjahren ist sehr verschiedenartig. Die schlechteste Begalung findet man wohl in Nienburg, Northeim und

Dieser ob. Es wird gewöhnt in Niemburg im ersten Jahre 50 J. im zweiten Jahre 75 J. im dritten Jahre 1.1. im vierten Jahre 1.25; Northeim 50 J. bzw. 60 und 80 J.; Osterode 50 J.; bzw. 60 und 70 J.; Seesen 20 J. bzw. 70 und 80 J.

Auch die Geller Unternehmer zahlen trotz der vierjährigen Lehrzeit erzwungener Lehrlingslöhne: im ersten Jahre 80 J. im zweiten Jahre 90 J. im dritten Jahre 1.1 und im vierten Jahre 1.20.

Die Entlohnung der Lehrlinge ist durchweg gering; aber es gibt auch einige Orte, wo sie etwas besser bezahlt werden. So zahlen die Unternehmer in Bielefeld 10 J., 15 J. und 20 J. pro Stunde in den einzelnen Lehrjahren; in Detmold sind dieselben Löhne üblich.

Eine besondere Lehrlingszucht macht sich bemerkbar in Hildesheim, Holzminden, Helmstedt, Nienburg, Seesen und Minden. In Bielefeld ist folgendes näher festzustellen. Es arbeiten in Bielefeld 343 Gesellen, 120 Lehrlinge; Holzminden 87 Gesellen, 42 Lehrlinge; Helmstedt 190 Gesellen, 55 Lehrlinge; Nienburg 58 Gesellen, 43 Lehrlinge; Seesen 224 Gesellen, 61 Lehrlinge; Minden 199 Gesellen, 59 Lehrlinge.

In Hildesheim ist jeder Unternehmer mit Lehrlingen reich gesegnet. Der Unternehmer Algenmissen hat sogar 15 Gesellen und 18 Lehrlinge. Beim sechsjährigen Kampfe haben diese 120 Lehrlinge in einigen anderen manche Arbeit fertiggestellt.

Der Unternehmer Zimmermann in Holzminden hat 15 Gesellen und 20 Lehrlinge; die Firma Döring & Behrmann in Helmstedt 46 Gesellen und 30 Lehrlinge; in Nienburg beschäftigt Cuddehorn 12 Gesellen und 12 Lehrlinge, Keddessen 14 Gesellen und 9 Lehrlinge, Göttsche 12 Gesellen und 2 Lehrlinge, Gucke 12 Gesellen und 2 Lehrlinge, Lampe 5 Gesellen und 2 Lehrlinge; in Seesen beschäftigt Viel 122 Gesellen und 23 Lehrlinge, Wagner 62 Gesellen und 14 Lehrlinge, Rühmann 28 Gesellen und 9 Lehrlinge; in Minden beschäftigt König 28 Gesellen und 21 Lehrlinge, Homann 17 Gesellen und 9 Lehrlinge.

Nach der im Jahre 1905 vom Verband aufgenommenen Statistik kommt auf rund 740 Maurer immer ein Lehrling. Ich habe hier nicht zu prüfen, ob diese Zahl für den Raumdeut zu hoch oder zu gering ist, glaube aber, das erstere behaupten zu können. In manchen Orten ist dieses Mittel nicht erreicht, in anderen Orten aber auch weit überschritten worden. Das trifft namentlich auf kleinere Orte zu, wo der Lehrling den Bauarbeiter vollständig ersetzen muß. Hier ist der Lehrling ein billiges und williges Objekt. Einzelne tragen und längere vor Ablauf der Zeitzeit beginnt man sich erst, daß der Junge ja auch mehr lernen muß. So kommt es denn, daß der ausgearbeitete junge Geselle in den Augen seines Lehrmeisters gar kein rechter Maurer ist, von dem man glaubt, daß er mit einem ganz erbärmlichen Lohn abgefüttert werden kann. Er tritt er dann dagegen auf, so bekommt er die lakonische Antwort: Du kannst ja noch nichts! Hier muß der Gehel angelehrt werden. Es muß den gesetzlichen Bestimmungen mehr Achtung und Beachtung verschafft werden. Das kann aber weniger von den Lehrlingen, sondern muß von den Gesellen geschehen. Diese müssen es mehr für ihre Pflicht halten, den jungen Lehrling zu einem tüchtigen Maurer und nützlichen Gliede der Kollegenchaft zu machen.

Sagungen über das Lehrlingswesen sind mir zugänglich gewesen aus den Handwerkskammern Bielefeld, Hannover, Hildesheim, Detmold und Stadthagen. In allen diesen Sagungen wird im § 10 (nur in den Detmolder Sagungen der § 15) folgendes bestimmt:

„Der Lehrmeister ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten, sowie, falls er sich vorzugsweise oder ausschließlich mit einem besonderen Geschäftszweige beschäftigt, auch in den anderen allgemein gebräuchlichen Handgriffen und gewöhnlichen Arbeiten des Handwerkes in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reifevolge und Ausdehnung zu unterweisen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten (§§ 126, 129 der Gewerbeordnung und § 12 dieser Vorschriften) ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausübung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit, zu guten Sitten und zum fleißigen Besuch des Gottesdienstes anhalten und vor Ausweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen seitens der Arbeiter- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrling nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind.“

§ 11. Den Lehrlingen ist der Besuch von Schanl- und anderen öffentlichen Lokalen nur in Begleitung erwachsener Angehöriger oder des Lehrmeisters gestattet. Das Rauchen ist dem Lehrling verboten.

Der Lehrmeister darf dem Lehrlinge die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen; im häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, die im Hause des Lehrmeisters weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.

§ 12. Der Lehrling ist der väterlichen Pflicht des Lehrmeisters unterworfen und dem Lehrmeister sowie demjenigen, welcher an Stelle des Lehrmeisters die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgeamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigen Betragen verpflichtet.

Lehrmeisterliche und unanständige Bückigung sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Handlung ist verboten.

§ 13. Der Lehrling ist verpflichtet, die Fortbildungsschule bzw. die dieser gleichwertige Fachschule (§ 120 Abs. 9 der Reichsgewerbeordnung) regelmäßig und pünktlich zu besuchen, sofern ihm zu ihrem Besuche Belassung geboten ist.

Der Lehrmeister ist verpflichtet, den Lehrling zum regelmäßigen und pünktlichen Besuche der Fortbildungsschule und Fachschule anzuhalten und ihm die hierzu erforderliche Zeit zu gewähren.

Er hat den Besuch der Schule seitens des Lehrlings zu überwachen und seinerseits alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, damit der Lehrling die Schule regelmäßig besucht. Weiben diese Bemühungen dauernd

erfolglos, so hat der Lehrmeister das Lehrverhältnis aufzulösen.“

Ueber die Dauer der Lehrzeit heißt es in allen Sagungen „in der Regel“ oder „mindestens“ drei Jahre. Dies werden die Herren Unternehmer schon auszunutzen verstehen, wenn hier nicht von uns eingegriffen wird.

Der § 19 resp. 17 der Sagungen bestimmt auch: „Bei Beendigung der Lehrzeit, und zwar vor Entlassung aus der Lehre hat sich der Lehrling der Gesellenprüfung vor dem zuständigen Prüfungsausschuss zu unterziehen. Das Verfahren bei der Prüfung wird durch die Prüfungsordnung geregelt.“

Die umfangreichsten Sagungen für das Lehrlingswesen hat die Handwerkskammer in Bielefeld. Hier ist auch der Beschluß der Vollversammlung der Handwerkskammer, vom 14. März 1904 abgedruckt, der für das Baugewerbe bestimmt:

Der Meister allein für seine Person kann zwei Lehrlinge halten; davon muß einer mindestens ein Jahr später eingetretten sein. Außerdem für zwei Gesellen einen Lehrling, vier Gesellen zwei Lehrlinge, sieben Gesellen drei Lehrlinge, für je sechs weitere Gesellen einen Lehrling mehr. Selbst dieser Beschluß sieht einer Lehrlingszucht sehr ähnlich.

Das wäre im großen und ganzen das, was sich über das Lehrlingswesen berichten ließe. Konstatiert soll aber noch werden, daß über die Fälle unserer Zweigvereine bei der Beschaffung des Materials vollständig verfügt hat.

L. Varnstorf.

Centralkrankenkasse.

(Grundkreis für Einigkeit.)

In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar sind folgende Beträge als Zuschüsse abgegangen: In die dritte Verwaltung in Berlin 1.600, Charlottenburg 1000, Bremen 600, Bosen 600, Weiskindort 400, Hannover 300, Mannheim 300, Köln a. Rh. 300, Stuttgart 300, Fulda 300, Weihenstep 300, Leipzig 300, Heilbronn 250, Wilmersdorf 200, Königsberg i. Pr. 200, Schwerin i. Meckl. 200, Wittenau 200, Laupersheim 200, Menel 200, Wrieg 150, Waffelheide 150, Deutsch Biffa 150, Garschhausen 150, Eggersdorf 130, Magdeburg 120, Frankenthal 100, Lüneburg 100, Warborn 100, Arnstadt 100, Schindel 100, Delfau 100, Waiwoll 100, Schwedt 100, Gagein 100, Gumbow 100, Stannheim 100, Eppelheim 100, Gesehe 100, Wiesbaden 100, Ralt 60, Meiternid 60, Friedad 50, Quieblinburg 60, Sonnenhausen 50, Segeberg 30, Eilenburg 30. Summa 14.450.

Eingelandt: Wandfeld 1.50.

Altona, den 2. Februar 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Poreinsstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten scharfsten einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Korberne. Montag, den 21. Januar, stürzte der Bauarbeiter Aufstator auf dem Neubau des Unternehmers Trebs in der Winterstraße aus der ersten Etage im Treppenplatz etwa 4 m tief herab, und zog sich einen Rippenbruch und eine Verletzung am linken Bein zu. Inzere Verletzungen konnte der Arzt noch nicht feststellen.

*** Baunfälle vor Gericht.** Wegen Vergehens gegen die anerkannten Regeln der Baukunst hatten sich die Architekten und Maurermeister Gustav Marquard und Wlsl Michaelis in Hannover zu verantworten. Die Angeklagten, die ein gemeinshaftliches Baugeschäft treiben, sellen nach dem Eröffnungsbeschluss bei Herstellung des Hauses Galtenhoffstraße Nr. 6 verurteilt gegen die anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen haben, daß dadurch eine Gefahr für andere entstand. Es handelt sich um den ersten Bau der Angeklagten, der 1904 beendet wurde. Mitte Mai d. J. fiel von dem zweiten Balcon des Hauses auf den Balcon der ersten Etage eine sogenannte Walfischgale, eine Platte mit Verzierungen im Gewicht von mehreren Zentnern. Der Balcon, auf den die schwere Verzierung fiel, war einen Augenblick vorher von einer alten Dame erst verlassen; die herabgestürzte Masse hätte sehr leicht mehrere Menschenleben vernichten können. Auf baupolizeiliche Anordnung hat der jetzige Besitzer des Hauses, Kaufmann Eiseinde, nach dem Verabzug sämtlicher Walfischgale entfernt lassen müssen. Bei der Entfernung hat sich ergeben, daß eine weitere Verzierung sich ebenfalls bereits gelodert hatte, sie wäre über kurz oder lang auch abgestürzt. Nach den übereinstimmenden Gutachten der Bauaufsichtsbehörden, Paurat Unger, Architekt August Küster und Bauamtsassistent Punkte ist die mangelhafte Anbringung der Walfischgale die Ursache des Gefahrsturzes gewesen. Die bei Anbringung der aus Gips bestehenden Verzierungen verwendeten Drahte sind nicht genügend verzinkt gewesen und infolgedessen durchgerostet. Der Angeklagte Marquard versuchte — allerdings vergeblich — die Schuld dem Stultatue oder Bildhauer, der die Verzierungen geliefert hat, in die Schuld zu schieben. Er wurde indes als der für alles verantwortliche Bauleiter, der auch zugleich Bauherr mit war, bezeichnet, während sein Kompagnon Michaelis nachweislich, daß er sich um die Leitung dieses Baues so gut wie gar nicht gekümmert hat. Michaelis wurde deshalb freigesprochen. Gegen Marquard erkannte das Gericht auf 1.300 Geldstrafe, ebenfalls 30 Tage Gefängnis.

*** Poreinssturz vor Gericht.** Am 17. Dezember 1904 stürzte in Bremerhaven ein vierstöckiger Neubau von 19 Personen unter seinen Trümmern begrub. Von diesen sind im ganzen 14 gestorben; 13 wurden schon als

Leichen unter den Trümmern herbeigeholt, und einer erlag einige Tage später seinen Verletzungen. Die anderen Verletzten haben alle längere Zeit das Bett hüten müssen. Der Bau wurde in der Kaiserstraße auf Rechnung des Bautechnikers Feuß von dem Maurermeister Platon aufgeführt und war soweit fertiggestellt, daß es sich nur noch um die Verputzarbeit handelte. Die Ausführung war merkwürdig schnell vor sich gegangen: am 3. September erhielt der Unternehmer die Baugelbstausfertigung und am 9. November konnte schon das Nichtfest gefeiert werden. Die Zeichnung hatte der Eigentümer Feuß selber gemacht. Das große Gebäude ruhte auf Pfählen, die allerdings nur 4 m tief in den Boden eingerammt waren. Die Fundamente waren aus Beton, und einige Pfeiler im Parktergeschoß, die eine große Last zu tragen hatten, von Ziegelsteinen minderer Qualität und gewöhnlichem Sandluff hergestellt. Diese Pfeiler sollen verfault sein und damit die Ursache des Einsturzes abgegeben haben. Die Betonstöße haben bei der nachträglichen Prüfung nur eine geringe Widerstandsfähigkeit gezeigt. Ob jedoch nicht auch die zu schwache Mauerung als eine der Ursachen des Einsturzes anzusehen ist, konnte nicht festgestellt werden. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung resp. Körperverletzung, die die Angeklagten durch Außerachtlassung der erforderlichen Aufmerksamkeit bei der Bauausführung herbeigeführt haben sollen. Angeklagt waren nicht nur der Baugelbstmeister und der Unternehmer, sondern auch der Stadtbaumeister Diedmann, weil er die eingereichten Pläne nicht sorgfältig genug geprüft hat, soann der Techniker Wadernmann, der bei dem Unternehmer Platon in Stellung war, und dessen Polier Wessel. Der Maurermeister Platon ist bereits im Jahre 1905 einmal wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 200 Geldstrafe verurteilt. Von der Vernehmung der Angeklagten ist manches recht interessant. Stadtbaumeister Diedmann hatte nach seiner Angabe die Aussicht über die städtischen Gärten, Kanäle etc. zu führen. Als verantwortlicher Vertreter der Baupolizeibehörde hatte er den Plan zu dem Neubau genehmigt. In der ersten Zeit seines Dienstes sei ihm von dem Stadtrat gesagt worden, sie sollten ihren Mitbürgern das Bauen nicht erschweren. Es sei auch für den einzelnen Baupolizeibeamten ganz unmöglich, die Prüfung des Baugrundes in jedem einzelnen Falle zu bewerkstelligen, das sei Sache des Baumeisters. Als er 1895 nach Bremerhaven kam, hätten auch schon Bauten von dieser Höhe existiert und in keinem Falle habe die Baupolizeibehörde den Grund und Boden einer Prüfung unterzogen; sei es nicht auf die vielen Dienstgeschäfte sei ihm das auch gar nicht möglich gewesen. Nachdem der Unfall passiert sei, wurde noch ein höherer Beamter bei der Baupolizei eingestellt und die Geschäfte seit jenseit so geteilt, daß Angeklagter den Tiefbau und der neue Beamte den Hochbau unter sich hat. Wenn einmal Bedenken von seiner Seite geltend gemacht wurden, dann seien die Pläne im Stadtrat behandelt worden. Selbst gegen sein Votum habe auch schon der Stadtrat die Baugelbstausfertigung erteilt. In einer Sitzung habe einmal Herr Stadtrat Köhler gesagt: „Sie sprechen immer davon, daß Sie die Verantwortung ablehnen; Sie haben ja, gar keine Verantwortung, die haben wir.“ Eine eingehende Kontrolle der Bauten sei ihm ganz unmöglich gewesen. Nach dem in Frage stehenden Unfall sei es noch passiert, daß man bei Mauerarbeiten gegen seine Anordnung kurze Pfähle verwendet habe. Durch eine anonyme Anzeige sei er dahinter gekommen.

Der Angeklagte Feuß behauptete, daß er die Leitung des Baues dem Unternehmer übertragen habe; eine Aufsicht habe er nicht geführt. Wie er einmal bemerkte, daß von den Arbeitern auf der Straße Beton gemischt wurde, habe er das gerügt, weil die Gefahr nahe lag, daß sich fremde Bestandteile in den Beton hineinmischen könnten.

Der Angeklagte Platon hat als Maurermeister den Bau ausgeführt. Er habe die Berechnung nicht nachgeprüft, weil er mit einem Fachmann zu tun hatte; ferner sei die Berechnung auch noch von dem Stadtrat geprüft worden. Platon hat auch angenommen, daß Feuß die Oberaufsicht führen wollte. Einen Polier Wadernmann wolle er nur für das verantwortlich machen, was er ihm übertragen habe. Auf die Vorhaltung des Vorliegenden, daß man in dem Beton Gras und sonstige Bestandteile gefunden habe, betundet Platon, daß er sich auch im vorliegenden Falle die Zubereitete habe vormerken lassen. Feuß sei auch im Keller gewesen und habe dort angeordnet, wo und wie die Träger liegen sollten. Diese Anweisung Platons wurde von dem Polier Wessel als richtig ausgegeben. Er hatte bei dem fraglichen Bau angefangen, als die Kellermauer hinten schon aus der Erde ragte. Ihm ist dann gesagt worden, er solle in derselben Weise weitermachen. Auf die Frage des Vorliegenden, ob er seine Leute richtig instruiert habe, wie sie den Beton herstellen sollten, bemerkt Wessel, seine Leute hätten Befehle gemocht. „Sie sagen, Ihre Leute müßten Befehle, ein anderer sagt, der Meister wolle Befehle, und der Dritte sagt dasselbe von dem Polier, so schreit einer die Schuld auf den anderen“, bemerkte hierzu der Vorliegende. Wessel hat drei Jahre das Rechnung in Bremen befehlet. Der Angeklagte Wadernmann war Gehilfe und Vertreter Platons. Das Wadernmann seine Hochschule besucht habe, wußte Platon. Dieser Angeklagte befindet, daß er nur immer bestimmte Aufträge ausgeführt habe. Wadernmann und Wessel sind auch gegenwärtig noch bei Platon in Arbeit.

Maurermeister Platon hatte eines Tages gesehen, daß mehrere Träger verlegt worden waren. Sein Polier Wessel hatte dazu erklärt, im Laufe des Tages sei Feuß und der Zimmermeister Etender am Bau gewesen, die hätten ihm eine derartige Anweisung gegeben. Die Hochbauabnahme war von dem Stadtbaumeister Diedmann vorgenommen. In einem Aktenvertrage war ein Anid eingetretten, von dem der Maurermeister Platon Feuß die Baugelbstausfertigung u. h. t. Bei der Baunahme durch den Stadtbaumeister war dieser Fehler verheimlicht worden. Vierzehn Tage vor dem Einsturz waren in der Vorderfront Misse entstanden, die dem Maurermeister gemeldet wurden. Er hatte dem Angeklagten Feuß und dem Zimmermeister Etender gesagt, daß da noch Stützen eingestürzt werden müßten. Der Zimmermeister habe aber diese Arbeit von einem Tage zum anderen verschoben.

Es waren auch recht viele Zeugen erschienen, die ihre Angaben an der Hand eines eigens hierzu angefertigten Reibels machen mußten. Von dem verwendeten Material waren ebenfalls viele Proben beigebracht, außerdem gierten Steniele, verkohnte Träger usw. den Gerichtssaal. Von den Betonmischungen ließen sich ohne besondere Anstrengung große Stücke abbrechen, der Mörtel zeigte ebenfalls eine recht geringe Festigkeit. Unter den Zeugen waren auch Arbeiter, die vor dem Zusammensturz am Bau beschäftigt waren. Ein Mauerer sagte, daß sich die Pfähle sehr leicht in den Erdboden hätten treiben lassen. Ein Mauerer hob herbor, daß italienische Streichhölzer an dem Bau gearbeitet haben, die sehr minderwertige Arbeit geliefert hätten. Eines Tages hatte er den Bolier darauf aufmerksam gemacht, daß eine Mauer schief sei. Der Bolier hat die Mauer dann beranlassen lassen. Von dem Zeugen wird ferner behauptet, daß er nur deshalb bei Platon die Arbeit niederlegte, weil er die Misse an dem Bau bemerkt habe. Der Zeuge Hiddelsen war am Tage nach dem Einsturz im Auftrage des Mauererverbandes an der Unfallstelle. Dort hat er die Beobachtung gemacht, daß der Mörtel zwißel Sand enthalten habe. Dann war er in einer Mauerberammlung zugegen, wo der Mauerer Widenfischer erklärte, daß er den Bolier auf die schlechte Beschaffenheit des Mörtels aufmerksam gemacht habe. Der Bolier habe ihm dann zur Antwort gegeben, wenn er das Material nicht verarbeiten wolle, dann könne er gehen.

Der Stadtdirektor Hagemann erklärte, daß dem Stadtbaumeister bei seiner Anstellung eine umfassende Instruktion nicht erteilt sei. Am 11. April 1904 hatte Stadtbaumeister Dietmann einen Antrag eingereicht, wonach er wegen der Steigerung der Geschäfte um eine Hilfskraft ersucht. Die Arbeiten hätten sich vermehren für den Stadtbaumeister angehäuft, daß er in drei Jahren seinen Urlaub nehmen konnte. Sämtliche Anträge, die derzeit bei dem Stadtbauamt eingereicht wurden, mußten von dem Stadtbaumeister geprüft werden.

Andere Zeugen schilderten ihre Eindrücke, die sie empfangen, als der Bau mit ihnen zusammenstürzte. Es sei plötzlich ein lautes Knirren und Krachen gewesen und dann seien ihnen die Sinne geschwunden. Von den Sachverständigen erhielt zuerst der Bauart Rudolf aus Bremerhaven das Wort. Er führte aus, wenn man in Bremerhaven absoht sicher bauen wolle, dann müsse man auf lange Pfähle bauen, aber vom wirtschaftlichen Standpunkt sei das nicht immer möglich. Er habe den Standpunkt vertreten, 6 m lange Pfähle zu verwenden, um nicht die Wirtschaftlichkeit des Bauens zu sehr zu beeinträchtigen. Dieser Vorschlag sei in den Bestimmungen der Bauordnung aufgenommen. Wo besonders schlechter Boden sei, werden jetzt Pfähle von 9 m Länge zur Fundierung benutzt. Die alte Baumethode halte er für sehr bedenklich, weil man danach die Pfähle nicht miteinander verbunden hatte. Ebenso verwerflich sei auch, wenn man den Bau auf eine Platte stellen wolle; sollte eine Platte zur Verwendung kommen, dann müsse man Pfähle darunter setzen. Sodann kommt Baumeister Jolles-Bremherber als Sachverständiger in Vernehmung. Er kann die allgemeinen Ausführungen Rudolf's bestätigen. Sonst ist er der Überzeugung, daß die sogenannte schwimmende Fundierung im allgemeinen als zulässig betrachtet werden könne. Als schwimmende Fundierung wird von dem Sachverständigen die bezeichnet, bei der die Pfähle nicht bis auf den festen Boden getrieben sind. In Holland, wo er kürzlich gewesen sei, habe er den Eindruck gewonnen, daß dort besser fundiert werde als in Bremerhaven; in allgemeinen werde man dort längere Pfähle, wenn auch nicht von dem Durchmesser wie in Bremerhaven. Bauart Godeborn-Bremherber wird als Sachverständiger und als Zeuge vernommen. Nach dem fraglichen Unfall sei ein neuer Entwurf der Bauordnung in Angriff genommen. Kommissionsarbeiten halte er für geeignet, die Stellung der Nachbarkäufer vermehren zu erleichtern, daß sie eine sichere Stellung einnehmen. Baumeister Rogge wird als Sachverständiger darum befragt, um wieviel teurer das Fundament eines gewöhnlichen Hauses wird, wenn statt der kurzen Pfähle längere genommen werden. „Das kann etwa 10-20% ausmachen“, bemerkt hierzu der Baumeister. Wenn er Baupläne in Höhe einreichte, sei er niemals von den Beamten danach gefragt worden, wie er die oft sehr schweren Käufer fundieren wolle. Der Architekt Hoffmeier-Bremherber hatte als hausführender Meister mehrfach die Erfahrung gemacht, daß er oft einhalbmal so lange Pfähle zur Fundierung nehmen mußte, als er zuerst vorgesehen hatte. Von diesem Sachverständigen wurde ferner erklärt, daß es nur für Monumentalgebäude für notwendig halte, daß die Pfähle bis auf den festen Grund gerammt werden; im allgemeinen halte er die heutige schwimmende Fundierung für ausreichend. Der Chemiker Dr. Knudsen hatte den Beton des fraglichen Gebäudes untersucht und herausgefunden, daß sich fehmige und salzartige Materie darin befanden, so daß es ihm möglich war, ohne Anstrengung den Beton auseinander zu teilen. Herr Professor Gary bezeichnet die von ihm untersuchten Kalkzementsteine als Steine von mittlerer Güte. Die Riegelsteine bezeichnet er als Steine milderer Qualität, der Beton, der bei dem Bau zur Verwendung kam, sei mangelhaft gewesen. Der Mörtel war an sich sehr mager gemischt. Bezüglich der Betonmischung sagt dieser Sachverständige hinzu, daß man nicht immer sagen könne, das Mischungsverhältnis müsse wie 1:3:4 sein, es komme vielmehr auf die Beschaffenheit des Materials an. G. M. Professor Dr. Barckhausen-Gannover hatte den eingestürzten Bau besichtigt. Er hatte ganz ungünstige Verhältnissverhältnisse gefunden; es sei nicht ausgeschlossen, daß die Pfähle mit dem Boden in die Höhe geschloßen sind. Das Einstampfen des Betons ist zweifellos in mangelhafter Weise geschehen. Verschiedentlich habe er berichtet, den Beton zu lösen und habe dabei keinen eigentlichen Widerstand gefunden. Der Beton scheint während des Stampfens keine genügende Unterlage gehabt zu haben. Die ausschließliche Verwendung von Kalkmörtel werde trotz auf den Einsturz besonders eingewirkt haben. Die Erkerträger seien sehr stark belastet gewesen. Nach der Lage der Träger sei eine starke Belastung nach vorne eingetreten, dabei die

inneren Pfähle mehr drückend als die äußeren. Wenn der untere Teil des Betons in Zement ausgefüllt wäre, dann hätte es möglich sein können, daß der Bau festem geblieben wäre. Professor Dr. Krüger-Bremen war bezüglich der Ursachen des Einsturzes mit dem Professor Dr. Barckhausen einer Meinung. Ferner bemerkte dieser Sachverständige, daß die Berechnung der Belastung des Fundaments, wie sie von dem Angeklagten Peuß ausgerechnet wurde, ungefähr stimmt. Zur Schuldfrage der Angeklagten bemerkte Professor Dr. Barckhausen, daß er dem Angeklagten Peuß den Vorwurf machen müsse, daß ihm das freie Urteil des akademisch gebildeten Technikers gefehlt habe und daß er selbst keine Unfähigkeit nicht eingesehen habe. Die Bauzeit sei unvernünftig kurz gewesen. Der Berechtigter des Angeklagten stelle wegen der letzten Bemerkung die Anfrage an den Sachverständigen, ob er nicht auch der Meinung sei, daß die Bauzeit in erster Linie Sache des Unternehmers ist. Sachverständiger: Allerdings ist das zunächst Sache des Unternehmers, es ist aber auch bekannt, daß der Unternehmer das tut, was der Bauherr will. Zum Verschulden des Stadtbauamts Dietmann bemerkte der letztere Sachverständige, daß er die Fehler nicht erkennen mußte, die in der Zeichnung lagen. Baumeister Hohen war der Meinung, daß zu einer genauen Prüfung des Bauplans eine Untersuchung des Fundaments notwendig gewesen wäre, um sich von der Richtigkeit der Berechnung zu überzeugen. Das sei aber eine ungeheure Belastung des Baupolizeibeamten. Professor Dr. Barckhausen fügte seinen vorigen Ausführungen noch hinzu, daß man nichts Unmögliches von dem Stadtbaumeister verlangen dürfte, d. h. seine Arbeitslast war zu groß. Bezüglich Platon's Verschulden bemerkte derselbe Sachverständige, daß er sich seiner Verträge nicht recht bewußt gewesen sei, zumal er in die statische Berechnung nicht eingedrungen konnte. Bei einem sorgfältig angelegten Bauplan sei auch in der Regel mit angegeben, welche Steine und welche Mörtelarten zur Verwendung kommen sollten. Platon sei deshalb ein Vorwurf zu machen, daß er sich nicht danach erkundigte. Als ein erklärendes Moment für die Schuld Platon's führte Baumeister Hohen die Beschaffenheit des Betons an. Dieser Sachverständige hält es nicht für ausgeschlossen, daß, wenn der Beton von guter Qualität gewesen wäre, die Senkung des Gebäudes eine gleichmäßigere gewesen wäre. Ob eine vollkommen ausgefüllte Betonmaße das Unglück verhütet hätte, sei schwer zu sagen. Verschiedener Meinung waren die Sachverständigen Baumeister Hohen und Dr. Barckhausen bezüglich der Schuld des Boliers Wessel. Dr. Barckhausen ist der Ansicht, daß Wessel in erster Linie die schlechte Herstellung des Betons zur Last zu legen sei; Baumeister Hohen vertritt dagegen den Standpunkt, daß Wessel unter dem Einfluß des Unternehmers stand. Betreffs der Schuld des Angeklagten Wademann waren die Sachverständigen einstimmig der Meinung, daß er mit allen Punkten, die in der Verhandlung zu Tage getreten seien, nichts zu tun hatte.

Der Staatsanwalt beantragte für die Angeklagten Peuß und Platon je vier Monate, gegen den Bolier Wessel drei Wochen Gefängnis. Dem Stadtbaumeister Dietmann und den Techniker Wademann beantragte er freizusprechen. Das Urteil lautete auf je zwei Monate Gefängnis für Peuß und Platon und auf zwei Wochen Gefängnis für den Bolier Wessel. Die anderen Angeklagten wurden dem Antrage des Staatsanwalts gemäß freigesprochen. Wir finden das Urteil sehr milde. Das wir solle kein Vorwurf sein, aber wir müssen sagen, daß wir die wilde Wut dann vermissen, wenn es sich um arme Teufel oder gar um streuliche Arbeiter handelt, die nicht etwa 14 Menschenleben aus Reichthum und Habgier vernichten, sondern sich nur ganz geringfügige Vergehens gegen die heilige Ordnung zu schulden kommen lassen.

Nachträglich erfahren wir noch die besprechliche Tatsache, daß auf die Vernehmung des Maurers Fidenfischer, der dem Bolier Vorstellungen wegen des schlechten Materials machte und gleichfalls auf die Misse im Mauerwerk hinwies, verzichtet wurde! Was ist denn da vorgegangen?

*** Ueber den Grundstücks- und Hypothekenverkehr**

(Schreibt M. Schöppel in der Wöchentlichen Rundschau des „Correspondenzblattes“):

Für den Grundstücks- und Hypothekenmarkt wird sowohl aus dem Berliner Centrum wie aus dem westlichen Industriegebiet auf die Wirkungen der schwierigen Reichthumsbeschaffung des letzten Jahres hingewiesen. Der Verein der Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler bezeichnet, trotz mancher Rückschläge in der Bautätigkeit gegen das Jahresjahr 1906, immer noch für Groß-Berlin (Berlin und Vororte) einen riesigen Immobilienumsatz von 1200 Millionen Mark. Aber der verheißte Geldhand und die störende Pfandbriefunterbringung der kreditgebenden Banken machte sich zusehends mehr und mehr fühlbar. Die Gesamtsumme der registrierten Hypotheken von 38 Banken betrug im 1. Semester 8909,56 Millionen Mark gegen 8664,98 Millionen Mark am 31. Dezember 1905. Die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 beträgt somit nur 243,58 Millionen gegen 285,20 Millionen Mark im gleichen Zeit des Vorjahres. Der Obligationen-(Anleihe-)Umlauf der 38 Institute betrug am 30. Juni 1906 8633,33 Millionen Mark gegen 8482,97 Millionen Mark am 31. Dezember 1905. Somit berechnet sich die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 auf nur 250,36 Millionen Mark gegen 348,63 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegen 166,53 Millionen Mark im 1. Semester 1905. Diese Einschränkung des Pfandbriefabflusses nötigte natürlich die Hypothekenbanken zur Zurückhaltung in der Beleihungstätigkeit. Im letzten Quartal haben so ziemlich sämtliche Hypothekenbanken die Annahme neuer Beleihungsanträge eingestellt, aber nur in sehr beschränktem Maße gearbeitet. Der adorm hohe Geldstand sicherte ja auch ihren flüssigen Kapitalien einen weit höheren Zinsgewinn, als die Anlagen in Hypotheken. Trotzdem hofft der Bericht auf ein weiteres gutes Grundstücks- und Baujahr, da selbst eine abmildernde geringere Flüssigkeit des Hypothekenkredits durch das rapide Aufstreben von Neubauten mehr wie ausgeglichen werde.

Für das westliche Industrie- und Handelsgebiet entwickelt die Rheinisch-Westfälische Boden-

freihbank in Köln ein ähnliches Bild des verfloßenen Jahres 1906. Die berichtende Hypothekenbank kann mit ihren Ergebnissen durchaus zufrieden sein; sie schlägt eine Dividende von 8 pSt. (gegen 7 1/2 pSt. im Jahre 1905) vor. Aber seit dem kritischen Jahre 1901 hat sie sich in der Steigerung ihres Pfandbriefumschlages noch niemals so sehr, eben durch die Konkurrenz höher verzinslicher Geldanlagen, gehemmt. Während 1902 der Pfandbriefumsatz um 14,9 Millionen Mark wuchs, 1903 um 17,7 Millionen Mark, 1904 um 19,3 Millionen Mark, 1905 um 18 Millionen Mark, schrumpfte der Umsatz 1906 auf noch nicht ganz 1/2 Millionen Mark zusammen. Die vorstehend geschilderten Verhältnisse, heißt es dann auch hier weiter, mußten zur größten Zurückhaltung in der Neubewilligung fester Hypotheken veranlassen. An Darlehen gelangten daher nur A 21 813 738 zur Auszahlung, während aus älteren Abschüssen A 18 739 512 zurückfloßen, so daß der Hypothekenbestand im ganzen nur eine Vermehrung von A 4 574 225 aufweist.

Danach dürfte also zu erwarten sein, daß die Geldknappheit nicht allzu ungünstig auf die Bautätigkeit einwirken wird.

* **Wohnungsstatistisches.** Von dem statistischen Amt der Stadt Köln a. Rh. liegt wieder eine Publikation über das Wohnungsweesen in den fünf Großstädten vor, die wir in der folgenden Form der „Kommunen Paris“ entnehmen. Die Zählungen sind sämtlich Ende 1905 vorgenommen worden. Aus ihnen ergibt sich:

Stadt	Zahl der leerstehenden Wohnungen		Stadt	Zahl der leerstehenden Wohnungen	
	absol.	in pSt.		absol.	in pSt.
Köln	651	2,0	Kiel	1053	3,1
Altona	900	2,2	Köln	4814	4,6
Wormen	2303	6,0	Königsberg	2567	4,8
Bremen	476	7,1	Ketzlich	4719	4,0
Dreslau	7650	6,2	Magdeburg	1879	3,1
Chemnitz	2732	5,5	Magd.	1235	5,8
Dresden	1185	6,8	Mannheim	948	2,7
Düsseldorf	3235	5,8	München	6788	4,2
Essen	565	1,2	Bölen	1961	6,4
Frankfurt a. M.	3297	4,8	Strasburg	1080	2,9
Hamburg	8648	4,6			

Die Bedeutung des Wohnungsmangels für das Wohnungsangebot rückt sich nach der Höhe des vorhandenen überzähligen Vorrates von Wohnungen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wohnungen haben nun nach der obigen Zusammenstellung in Dresden mit 6,3 pSt. die meisten leer. Nicht viel weniger, nämlich 6,4, 6,2 und 6 pSt. waren es in Polen, Breslau und Berlin. Ueber 6 betrug der Prozentatz außerdem noch in Mainz, Düsseldorf und Chemnitz, zwischen 4 und 5 in Königsberg, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M. usw. Unter 3 blieb es aber in Strasburg, Mannheim, Altona, Bremen, Aachen und Essen (1,2 pSt.). In den zuerst genannten Städten war es demnach 1906 weit über den Bedarf Wohnungen hergestellt, in den zuletzt genannten dagegen zu wenig. Unter dieser Maß für die Bautätigkeit wie für den überzähligen Wohnungsvorrat drei Grade, etwa so:

	Wohnungsmangel	Wohnungsüberschuß
bis zu 3 pSt.	schwach	ungenügend
3 bis 5	mittel	mittel
über 5	stark	reichlich

so kann man verfolgen, von welchem Einfluß die bauliche Entwicklung der Städte war. Dann ergibt sich die folgende Uebersicht:

Stadt	Städte mit		
	reichlichem Bestand an leerstehenden Wohnungen:	mittlerem	ungenügendem
stark	Polen, Düsseldorf	Hamburg, Kiel	—
mittel	Breslau, Wormen, Mainz, Chemnitz	Frankfurt a. M., Köln	Strasburg, Mannheim, Bremen
schwach	Dresden	Königsberg, Ketzlich, Magdeburg, Altona	Altona, Aachen, Essen

Trotz des sehr reichlichen Bestandes an leerstehenden Wohnungen von 6,4 pSt. in Polen und 6,3 pSt. in Düsseldorf wurde dort eine ungewöhnlich starke Bautätigkeit beobachtet, wozugegen eine starke Bautätigkeit bei ungenügendem Verhabe an leerstehenden Wohnungen nirgends vorkam. Die höchste Bautätigkeit wies bei ungenügendem Wohnungsüberschuß mit 4,8 pSt. die Stadt Bremen auf. Hamburg und Kiel hatten trotz starker Bautätigkeit nur einen mittleren, Breslau, Wormen, Chemnitz und Mainz bereits bei mittlerer Bautätigkeit einen reichlichen Wohnungsüberschuß aufzuweisen. Herdortzuhaben ist noch, daß in Wormen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Königsberg, Ketzlich, Magdeburg, Mainz und München der überzählige Bestand an Wohnungen erheblich, zum Teil sogar um das Mehrfache den Zugang der ganzen Berichtzeit übersteigt. Der richtige Zustand dürfte auf Grund der amtlichen Nachweise sich nur in Dresden, Köln und Frankfurt a. M. eingestellt haben, sonst zeigen sich überall erhebliche Dissonanzen zwischen Angebot und Nachfrage. Der Grund dieser Tatsache liegt klar zu Tage; man erkennt, wie falsch es ist, die Fürsorge für eine so wichtige Sache wie die Wohnungsgewinnung privater Tätigkeit zu überlassen. Die privaten Unternehmer wollen selbstverständlich Gewinne erzielen, die Befriedigung des Wohnungsbedarfes ist für sie nur ein Mittel zum Zweck. Würde übrigens der Bericht nicht den Vergleich des gesamten Wohnungszuganges mit den leerstehenden Wohnungen im ganzen ausführen, sondern dabei die Größe der Wohnungen unterscheiden, sowie den Abgang an Wohnungen durch Umbauten und Abrücke von Gebäuden berücksichtigen, so würde sich wohl für die freien Wohnungen ein noch viel unglücklicher Bild ergeben. Bemeide dafür bitten die Wohnungsverhältnisse in Essen. Von dieser Stadt ist ja allgemein bekannt, daß bei den tiefsten Preisen aufstrebender Arbeiter für Arbeiterwohnungen nur in der unvollkommensten Weise gefordert ist. Dort läßt infolgedessen ein allen faulsten

und stiftlichen Förderungen hohnsprechendes Wohnungsgeld, das in seiner Art und Größe wohl in seinen äußeren Umrissen (Schlafkammern usw.) durch die vorzüglichen und umfassenden Untersuchungen Dr. Wiesels, des rührigen Direktors des Öffener Statistischen Amtes, klargestellt worden ist.

Das moderne Bausystem und seine Folgen.

Die gute, alte Zeit, wo der Maurer mit der Feile im Munde arbeitete, ist vorbei; für die jüngere Generation wird sie nachgerade zu einem Märchen. Die Arbeitszeit von 13 bis 14 Stunden täglich förderte die Arbeit doch nicht so rasch als heute mit neun- und zehn Stunden. Der Maurer hatte damals fast sämtliche in sein Fach einschlagende Arbeiten zu machen. Die Folge davon war, daß es kein ganzes Können und Wollen nicht auf jeden Zweig seiner Arbeit konzentrieren konnte, deshalb brauchte er zur Arbeitsausführung längere Zeit als heute bei der Spezialisierung. In der neueren Zeit schied der Maurer durch die Spezialisierung des Handwerks, den Steinbauer, die Zementierer, Dachdecker und legte den Steinträger vor sich aus. Das die Steinträger bei der raschen Bauausführung eine große Rolle spielen, ist klar. Freier müssen alle Arbeiter an einem Neubau halbe Tage lang hessen (Steine handlen), um die Steine in die oberen Stockwerke zu bringen. Heute trägt der Baufreistritzer den Maurer die Steine dahin, wo er sie gleich verarbeiten kann; ebenso ist das Ausführen der Balken und das Holzbohlen der Ausstattung mit Holz Arbeit der Steinträger. Während der Maurer die Wände aufführt, sind die anderen Spezialhandwerker in ihrer Arbeit und mit Elongationsbewandlung ist heute ein Bau fertiggestellt. Betrachten wir die Neubauten in H 1 am Marktplatz in Mannheim; wahre Paläste wurden in einer kurzen Zeit hochhinausgebaut. Durch die Spezialisierung der einzelnen Arbeiten wird die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Spezialgruppen eminent gesteigert. Die rasche Fertigstellung der Bauten hat aber auch seine Schattenseiten. Zimmerer, Schreiner usw. kann man in diesen Häusern fast immer antreffen. Zu diesem Haufen und Drängen nach amerikanischer Art gefell sich noch ein anderer Faktor, der aber für das Baugeschehen noch bedeutend ungesund ist: es ist dies der Grund- und Bodenwucher, sowie das Submissionswesen, das sich zur höchsten Höhe entpflanzte. Haben Immobilienbesitzer oder auch Privatpersonen größere Baupläze zu eigen, so werden verschiedene Praxen angewandt, um die Plätze so teuer wie irgend möglich an den Mann zu bringen. Zuerst wird versucht, selbst zu bauen; die Arbeiten werden an einen Unterdanten vergeben. Nach kurzer Zeit wird dieses System aber über Bord geworfen; man hat herausgefunden, daß hier mit Nechtheit nichts erreicht werden kann. Es werden Baumeister gewonnen, die die Baupläze zu teuren Preisen aufgeschafft bekommen. Da aber die Unternehmer, die sich diesen Geschäften zu eigen geben, denn eine zahlungsfähige reelle Firma läßt sich auf solch ein Unternehmen nicht ein, vollständig mittellos sind, werden für sie auch noch die Kollaten bezahlt, die mit einem bezahligen Kauf verbunden sind. Die Bauten werden beschleunigt, und nun kann es losgehen. Desfers sind diese modernen Baumeister Leute, die vorher schon Schiffbruch gelitten hatten, und nun darauf aus sind, ein bequemes Leben zu führen. Die Platzbesitzer müssen die ersten Materialien und das nötige Werkzeug liefern oder dafür gutgehen; der Betrag hierfür wird von der ersten Bauplatz abgezogen. Da nun die Bauten so knapp wie möglich bemessen werden, wird die Kalamität von Woche zu Woche größer. Das Fortschreiten des Baues ist schon in langsameren Bahnen eingeleitet. Der Platzbesitzer spricht für das Material nicht mehr gut, denn die Bauten sind fast aufgebraucht, das Geld kommt am Samstag so spärlich, daß es nicht mehr für die Arbeit ausreicht; ja manchmal müssen diese sich mit einem kleinen Voranschlag begnügen. Der Fußmann will auch nicht mehr, denn er hat schon einige Wochen kein Geld mehr erhalten. Materiallich wehrt sich der Unternehmer mit Händen und Füßen, um den Bau unter Dach zu bringen. Das Material wird losjagen schubbarerweise herbeigebracht. Zimmerer, Steinhauer und Stallknecht haben auf Eintrag geliefert, und warten geduldig bis zur Hypothekenauszahlung. Ist der Bau mit Ach und Weh unter Dach gekommen, dann werden die noch fehlenden Geschäftsteile, wie Ziegler, Schreiner, Glaser, Schlosser usw. dazu anamiert, die Arbeiten auf Eintrag zu machen. Gelting es wirklich, die Geschäftsteile an die Arbeit zu hegen, so ist es in den meisten Fällen sicher, daß sie um ihr Geld betrogen sind. Denn sollte in Wirklichkeit die Hypothek ausbezahlt werden, so reicht sie gerade soweit aus, daß der Platzbesitzer mit seinem ersten und zweiten Eintrag nebst 6 pT. Zinsen vom Protokollierungstage an für Platz- und Baugelb gedeckt ist; die anderen Geschäftsteile haben das Nachsehen. In den meisten Fällen kommt es überhaupt nicht zur Hypothekenauszahlung. Der Bau bleibt, da das Baugelb aufgebracht ist, im Stohbau stehen, der Unternehmer windet und dreht sich nach allen Seiten; schließlich ist sein Schicksal doch besiegelt. Der Platzbesitzer bringt auf Auszahlung der Hypothek. Der Unternehmer kann seine Pflichten seinen Gläubigern gegenüber nicht erfüllen, der Bau kommt zur Versteigerung. Bei der Versteigerung steht man meistens bloß die Beteiligten. Das Angebot wird gemacht. Der Platzbesitzer steigert mit, bis keine Gelder mehr geboten sind. Steigern die anderen Geschäftsteile, die mit ihren Einträgen an dritter und vierter Stelle stehen, weizen, so ist der Platzbesitzer auch zufrieden, er ist ja gedeckt und hat an seinem Bauplatz ein schönes Stück Geld verdient. Meistens aber ist er der einzige Verlierer; die anderen Geschäftsteile können aus Mangel an Geldmitteln nicht steigern. Erfolgt der Zuschlag an dem Preis, der das Platz- und Baugelb aufmacht, dann haben sämtliche übrigen Gläubiger ihr Geld verloren. Der Spekulant läßt den Bau fertigmachen und hat somit auf Kosten der betrogenen Geschäftsteile ein billiges Haus. Der Unternehmer macht mit seiner Frau Gütertrennung, sucht für seine Frau einen geeigneten Bauplatz, sehr oft wieder bei demselben Platzbesitzer; er ist der Geschäftsführer seiner Frau. So wiederholt sich das Schauspiel öfter, bis den Baufreistritzer der Boden unter den Füßen zu heiß wird. Aber es findet sich gleich Ersatz für die Aus-

wangierten, und es bleibt bei der alten Zeit. Das Verfügen der kleinen selbständigen Bauhandwerker und Arbeiter wird nach wie vor lustig weiter betrieben, bis ein allgemeiner wirtschaftlicher Krach allen diesen Schmarozkern am Volkstoben ein schmachliches Ende bereitet.

Aus anderen Berufen.

* Gewerkschaftliche Kämpfe in Belgien. In Belgien befinden sich gegenwärtig mehrere Tausend Arbeiter verschiedener Berufe im Ausstand. Am härtesten sind die Kohlenrubenarbeiter daran beteiligt, von denen zu Reime 1800, zu Monceau-Panumont 1700 streiken. Zu Herbst haben sie ebenfalls die Arbeit eingestellt, und zwar richtet der Streik sich hier gegen ein Regiment, wonach über 40 Jahre alte Arbeiter überhaupt nicht mehr beschäftigt werden sollen. Von anderen Berufen streiken in Marcinelle 700 Metallarbeiter, in Brüssel 50 Schuhmacher sowie die Klempner, in Lokaren die Haarschneider, in Gent die Buchbinder, in Flosselle die Schuhmacher und in Turnhout fast 250 Textilarbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Dazu kommt eine Anzahl kleinerer Streiks und Aussperrungen. Mit Rücksicht darauf, daß die einzelnen Gewerkschaften nicht im Stande sind, aus eigenen Mitteln die Streikenden hinreichend zu unterstützen, hat die Syndikale Kommission der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Landesrat der Arbeiterpartei einen Aufruf zu Sammlungen veröffentlicht.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“, Heft 18 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Hans im Glück. — Der 25. Januar. Von A. Kautsky. — Die sozialdemokratische Bewegung in Bulgarien. Eine Uebersicht von Georg Dataloff. Die „Neue Zeit“ erwidert wörtlich einmal und ist durch alle Verhandlungen, Postanklagen und Spolierungen zum Preise von 4.25 pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. „Eidgenössischer Postillon“, Nr. 8. Das farbige Titelbild: Wälden, der Reichstagskeller, ist wohl, ebenso wie das des „Wahren Jakob“, noch vor den Wahlen entstanden. Das Schlußbild führt uns in die deutschen Kolonien. — Die Junienseiten sind Adolph Lepp, dem Dichter des Proletariats und eifrigen Mitarbeiter des „Eidgenössischen Postillon“ gewidmet. Selbstverständlich sind Sächsel und Sänigeli in unterhaltender Menge eingestreut, so daß auch diese Nummer sich unsern Lesern selbst empfiehlt.

Briefkasten.

Großhadersdorf, Vorstand. Die Namen der Mitglieder, die wegen Schulden geschieden werden mußten, werden nicht veröffentlicht. Reichsbad, C. H. Anspruch auf Jubiläumrente haben nur solche Bedienstete, die entweder 25 Wochen ununterbrochen krank und erwerbsunfähig waren oder dauernd erwerbsunfähig sind. Dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Jubiläumrentenversicherungsgesetzes liegt seit dem 1. Januar 1900 dann vor, wenn die Erwerbsunfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderer Ursachen weniger als ein Drittel des Lohnes betrug. Wer also noch ein Drittel des Lohnes verdient, dem andere gesunde Arbeiter derselben Kategorie beziehen, ist im Sinne des Gesetzes nicht Jubilant und hat keinen Anspruch auf Rente. Weisiger, C. S. Die Adresse lautet: Stuttgart, Furtwahnstr. 12. Freuenheim, Julius Rth. Die Veranstalter eines geschlossenen Vergnügens brauchen dies nicht augenblicklich überhört nicht bekannt zu geben. Es genügt, wenn den zur Teilnahme an dem Vergnügen nicht berechtigten Personen mündlich gesagt wird, daß es ein geschlossenes Vergnügen sei. Lahsdorf, C. B. Wir erteilen nur Auskunft, soweit wir es vermögen, wenn die Fragesteller ihren vollen Namen nennen. Mannheim, G. S. Wir haben schon in Nr. 5 einen Jahresbericht von dort gebracht und nun sollen wir noch einen veröffentlichen! Das ist des Guten entschieden zu viel. Warum sind denn nicht beide Berichte miteinander vereinigt worden? Reppen, C. W. Wir können, doch unmöglich wissen, welche kommunalen Abgaben dort zu zahlen sind, da es Sache der Kommunen ist, ob sie von solchen Dingen Steuer erheben wollen oder nicht. Allgemein gültige Bestimmungen existieren darüber nicht. Lauenburg i. Pom., S. S. Der Antrag auf Erhöhung der Unfallrente ist bei dem Vorstand der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft in Berlin zu stellen. Diese wird ihn dann wohl dem zuständigen Sektionsvorstand zur Entscheidung übermitteln. Aussicht auf Erfolg ist aber nur dann vorhanden, wenn eine Verjährung in dem Zustande des Unfallverletzten eingetreten ist. Die inzwischen eingetretene Steigerung der Löhne bleibt auf die einmal festgesetzte Rente ohne Einfluß; nicht der gegenwärtige Lohn ist für die Höhe der Rente maßgebend, sondern der Verdienst, der von dem Unfallverletzten zur Zeit des Unfalles erzielt wurde und der entsprechende Grad der Erwerbsfähigkeit. Gegen den abtretenden Bescheid der Berufsgenossenschaft kann innerhalb vier Wochen Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung eingelegt werden und gegen den Entscheid dieses Gerichts in derselben Frist Rekurs bei dem Reichsversicherungsamt. Niedersachsen, S. S. Das „Schicht“ können wir nicht veröffentlichen. Schopfloch, L. S. In 80 Jahren. Breg. Das Schreiben von Müller, Dornitz, Fackel und Seibel ist ohne Zweigvereinsnennel eingegangen; solange uns die Verbandszugehörigkeit der vier Kollegen nicht bestätigt wird, kann keine Verichtigung erfolgen. Wülheim a. d. Ruhr, S. R. Ehrenerklärungen nehmen wir nicht an. Huna, Zweigvereinsvorstand. Anträge zum Verbandsrat mußten bis zum 20. Januar eingeleitet sein; jetzt werden keine mehr veröffentlicht. Wronke, A. S. In Hamburg selbst nicht, aber ungeträde anderwärts Stunden davon in der Nähe des holländischen Dorfes Nienstedten.

Anzeigen.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode die Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 A.)
Berlin. Am 1. Februar starb unser treues Mitglied August Hanemann im 49. Lebensjahre an Herz-Kreislauferkrankung.
Greßmühlen. Am 28. Januar starb unser Verbandskollege Johann Kühn aus Barnow b. Greßmühlen an Altersschwäche.
Lauenburg a. d. Elbe. Am 23. Januar starb unser alter Kollege Johann Pletzenberg im Alter von 82 Jahren an Herzschwäche.
Ehre ihrem Andenken!

Aufforderung.
[A. 270]
Gesucht wird der Maurer W. Lindemann, geb. in Hohenprey bei Schwam in Westfalen. Zuletzt war er in Rostock wohnhaft. Er hat im Juli 1906 Frau und Kind heimlich verlassen und bis jetzt noch nichts von sich hören lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt Lindemanns bekannt ist, werden gebeten, das an die Adresse: Frau Lindemann in Rostock i. M., Wohnstr. 3, bei Siemens, mitzuteilen.

Aufforderung.
Der Kollege Otto Hanek, geb. zu Langendorf bei Weiskensfeld, Verbandsnr. 161 048, wird gebeten, seinen Eltern sofort seine Adresse mitzuteilen zu lassen. Es handelt sich um eine Militärangelegenheit. [A. 180]

Södel in Hessen.
[A. 270] Sonntag, den 10. Februar:
Faßtrachtsvergüngen
bestehend in Theater, Verlosung und Tanz.
Sämtliche organisierte Maurer von Södel und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen.
Der Vorstand.

Neuenhagen.
Samstag, den 23. Februar 1907:
Behutes Stiftungsfest
im Saale des Herrn A. Wunscho.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 A.
Die Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen.
[A. 3] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.
Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, den 10. Februar.
Dellitzsch. Nachm. 8 Uhr im „Lindenhof“.
Gardelegen. Nachm. 8 Uhr bei B. Wismar. L.-O.: Besprechung über die Jubiläumstage.
Glogau. Vorm. 11 Uhr im „Kastell“.
Greene. Nachm. 8 Uhr beim Gastwirt Wilsch, Oppershausen. Wichtige Tagesordnung.
Grünberg i. Schl. Nachm. 8 Uhr im Ratskeller. Besprechung des Delegierten zum Verbandskongress und Berichtlesen.
Schwarzenberg. Nachm. 1 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in Vereinsklub.
Seesen. Nachm. 8 Uhr im „Stadt Braunschweig“. Kollege Barnhoff aus Hannover ist anwesend. L.-O.: Jubiläumstage.
Werder a. d. H. Nachm. 8 Uhr bei Koch.

Montag, den 11. Februar.
Berlin. (Sektion der Glaser- und Zementbrände.) Abends 8 Uhr in den „Arminianerhallen“, Kommandantenstr. 20. L.-O.: Gespräch für die Delegierten zum neunten Verbandskongress.
Schleiz. Nachm. 6 Uhr im Vereinslokal „Wilmstübchen“. Wichtige Tagesordnung.

Freitag, den 15. Februar.
Berlin. (Bodenseemaurer.) Abends 8 Uhr bei Wedder, Weststr. 27. L.-O.: Neuwahl des Vorstandes, Gewerkschaftliches.
Köln. Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftslokal. L.-O.: Gründung eines Zweigvereins.
Sonabend, den 16. Februar.
Aken. Abends 8 1/2 Uhr.
Sonntag, den 17. Februar.
Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr im „Schloßkeller“.
Jessen. Nachm. 8 Uhr. Besprechung in der Wohnung des Kollegen Graf. Wälder, Jessen, Schloßberg.
Probstzella. Abends 8 Uhr bei Emanuel Oswald. Rechnungslegung, darauf gemeinsames Besprechungsgespräch.
Werdau. Nachm. 8 1/2 Uhr in der „Reureitung“.
Wiesenburg. Nachm. 8 Uhr im Saale des Herrn Friedrich Müller in Schlamme. L.-O.: Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes.
Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.
Sonntag, den 10. Februar.
Charlotteburg. Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Wöhlmannstr. 2. (Kleiner Saal.) Uebertragung vom dritten Central-Vorstandeswahl.
Sonntag, den 17. Februar.
Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal. L.-O.: Rollen und Redaktionsbericht. Wahl des ersten Beauftragten; zweiten Kassierers, ersten Schriftführers und eines Redaktors. Berichtlesen.